Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Montag, den 15. Dezember 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 242**

Der SPD.-Parteivorstand forderte bei der Obersten Heeresleitung die Verhaftung Rosa Luxemburgs!

Zahlreiche Denunziationen an die Militärbehörde

Die Sonnabend-Verhandlung des Ebert-Prozesses hat dem deutschen Proletariat die ganze Erbärmlichkeit und Schurkerei, die Henkerrolle wie das doppelte Gesicht der SPD. im Kriege erneut enthüllt. Unter seinem Zeugeneid sagte der Oberst Wriesberg, der Vertrauensmann Ludendorffs und der Kriegslieferanten im Reichstag und in der Regierung aus,

daß die sozialdemokratischen Führer die kaiserliche Regierung und die Militärbehörden zur Verhaftung von Rosa Luxemburg und der radikalen unabhängigen Sozialdemokraten aufgefordert

hätten und dann aber im Plenum des Reichstages zum Schein gegen die Verhaftung protestierten.

Gewußt, oder besser gesagt, gefühlt, haben die revolutionären Arbeiter schon während des Krieges, daß sie und ihre revolutionären Führer von „Kennern" der Arbeiterbewegung der blutigen Militärdiktatur das Messer geliefert wurden. Kriegsstolle Gewerkschaftsbonzen und SPD.-Redakteure waren alle reklamiert, Schlicke, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, wurde sogar vom Kriegsministerium angestellt zur Ueberwachung der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und der „reibungslosen" Hetzarbeit in der Rüstungsindustrie, und die „rebellischen" Proleten wanderten ins Zuchthaus, in die Schutzhaft oder in den Schützengraben.

Gleich nach Kriegsende hat der damals noch sehr radikale USP.-Mann Liebmann aus Leipzig in einer Broschüre den einwandfreien Nachweis geliefert, daß revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder von SPD.-Durchhaltepolitikern der Militärbehörde denunziert und dadurch verhaftet oder in den Schützengraben gesteckt wurden. Das wurde von den Kriegssozialisten immer bestritten.

Jetzt bestätigt aber Wriesberg unter Eid, daß die ganze SPD.-Clique diese Judasrolle überall gespielt hat. Kann die häßliche Doppelfratze der SPD. noch widerlicher zum Ausdruck kommen, als durch die Aussage Wriesbergs,

daß die Sozialdemokratie in den vertraulichen Unterredungen in den Zimmern der Minister und Generale zur Verhaftung der revolutionären Arbeiterführer aufforderte

und dann in öffentlicher Parlamentssitzung die Arbeiter täuschte durch Inszenierung eines Protestrummels gegen die selbstveranlaßten Verhaftungen?

Proletarier! Ihr hattet das alles vergessen! Wriesberg hat — in dem Bestreben, Ebert zu entlasten — Euch das wieder ins Gedächtnis gerufen. Ist heute die SPD. besser geworden? Nein, sie hat heute dasselbe Doppelgesicht, sie ist inzwischen noch viel mehr zum politischen Henker der Bourgeoisie geworden. **Proletarier vergeßt das nie mehr!**

(Eig. Ber.) **Magdeburg**, 13. Dezember.

Nachdem gestern die sozialdemokratischen Führer aufmarschierten, beginnt heute der Reigen der wilhelminischen Staatsmänner und Generale. Sehr lange dehnt sich die

Vernehmung Wallraf,

des damaligen kaiserlichen Staatsministers, aus. Er verweist zunächst auf die Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses vom 2. Januar 1918, in welcher Kühlmann über Brest-Litowsk berichtete. Zunächst wird dann die

protokollierte Rede Eberts vom 22. Januar über den österreichischen Rüstungsstreik verlesen, in der Ebert das Vorgehen der Arbeiterschaft Oesterreich-Ungarns mit aller Sympathie begrüßt und die förmliche Solidarität der SPD. erklärt hat.

Wallraf: Scheidemann brachte dann in seiner Rede zum Ausdruck, die Situation in Deutschland sei jetzt dieselbe wie in Oesterreich vor Ausbruch des dortigen Rüstungsstreiks.

Auch das Protokoll dieser Scheidemann-Rede wird verlesen, sie schließt mit den Worten: „Wir drohen nicht, aber wir warnen."

Wallraf: Am 28. war der Streik da. Am 29. der Versuch Scheidemanns und Haases zusammen, mit einer Streikabordnung mit mir über die Streikforderungen zu verhandeln. Ich ließ Scheidemann erklären, daß ich ihn und Haase, aber nicht die Arbeiterdeputationen, empfangen werde, daß ich mit Arbeitern über politische Forderungen nicht verhandeln werde. In der Reichskanzlei wurde ich dann von Scheidemann persönlich antelephoniert. Ich erwiderte ihm, wenn er mit Arbeitern komme, sei ich in der peinlichen Notwendigkeit, die Arbeiterdeputation aus dem Gebäude hinauszuweisen zu lassen.

Nach meiner Ueberzeugung ist die **schnelle Beendigung des Streiks** am 2. Februar vor allem die **Folge des scharfen Vorgehens von meiner Seite und von seiten des damaligen Oberbefehlshabers in den Marken** erfolgt. Ich verweise noch auf das Buch über den Prozeß Ledebour. Ledebour erklärt, dieser Streik sei die erste, ernste revolutionäre Bewegung in Deutschland gewesen, sie habe nicht zum Ziele geführt, wegen der damals noch zu großen Stärke der Regierung.

Ueber die angebliche Verschärfung der Streiklage durch den sozialdemokratischen Eintritt befragt, erklärt Wallraf, auch dem Protokolls seiner damaligen Rede, am 28. habe der Streik begonnen, am 29. habe er sich in aufsteigender Kurve bewegt. Eine „Vorwärts"-Notiz habe am 29. bereits von 300 000 gesprochen, nach amtlicher Feststellung hat jedoch die Streikziffer 180 000 nicht überstiegen.

Heine: Der Streik hatte tatsächlich

in seinem Anfang einen bedenklichen revolutionären Charakter und eben dieser Charakter sollte durch den sozialdemokratischen Eintritt und durch die Verhandlungen beseitigt werden."

Mildes Urteil für die Teutschenthaler Arbeitermörder!

Feldhüter Heine freigesprochen! — Lächerliche Gefängnisstrafen

Halle, 14. Dezember.

Am Sonnabend gegen 8 Uhr abends wurde vom hiesigen Schwurgericht das Urteil gegen die Mord- und Totschlagsbanditen aus Teutschenthal gefällt.

Die Angeklagten Heine sen., Schröder, Enke, Erfurth, Schossig und Köhler wurden freigesprochen!

Hirschfeld, dem der Staatsanwalt leider nicht nachweisen konnte, daß er an der Ermordung der beiden Arbeiter John und Heise nicht schuldig war, erhielt eine Gefängnisstrafe von drei Jahren und einer Woche.

Arndt erhielt sechs Monate und eine Woche, unter Anrechnung der Untersuchungshaft von fünf Monaten. Für den Rest der Strafe wurde ihm Bewährungsfrist zugebilligt. Werner erhielt drei Monate Gefängnis und ebenfalls Bewährungsfrist. Die Angeklagten Steckert und Heine junior erhielten je 80 Mark, der Privatförster Jagemann 75 Mark Geldstrafe.

*

Die völkischen Mordhelden haben milde Richter gefunden. Wie immer bei der republikanischen Justiz! Sie fanden von seiten des Staatsanwalts, der doch eigentlich der Ankläger sein soll, dasselbe liebevolle Verständnis, wie es etwa die 21 Mordstudenten von Mechterstedt und die große Reihe der anderen Proletariermörder gefunden haben.

Aus dem Bericht, den wir auf der fünften Seite veröffentlichen, geht hervor, daß der Staatsanwalt seine Rolle als Verteidiger der Angeklagten sehr gut gespielt hat, daß sich beide Verteidiger der Mordbuben ausdrücklich in ihren Verteidigungsreden auf die Ausführungen des Staatsanwalts berufen konnten. (!)

Der Feldhüter Heine wurde freigesprochen. Das Gericht bemühte sich nicht, den Spuren des Verdachts gegen ihn nachzugehen. Hirschfeld nahm die Schuld an dem Doppelmord auf sich. Er kam mit einer dreijährigen Gefängnisstrafe davon. Wenn man dieses Urteil vergleicht mit den jahrzehntelangen Zuchthausstrafen, die in den letzten Monaten vom Reichsgericht gegen ehrliche revolutionäre Arbeiter verhängt wurden, dann erkennt man, mit welchem Haß die republikanische Justiz die Arbeiter und mit welcher Milde sie die reaktionären Verbrecher behandelt.

Für die mitteldeutsche Arbeiterschaft gilt dieses, heuchlerisch „im Namen des Volkes" gesprochene Urteil natürlich nicht. Für sie bleibt Mord Mord und Doppelmörder bleibt Doppelmörder. Auch wenn ein freundlicher Gerichtshof beide Augen zudrückt.

Auf eine Frage des RA. Bindewald erklärt Wallraf: Nach meiner Ueberzeugung wäre durch eine Warnung der SPD. an die Arbeiter der Streik von vornherein verhindert worden.

Durch die darauf folgende Verlesung einer protokollierten Wallraf-Rede über die damalige Lage wird auf einmal der ganze ungeheure europäische Hintergrund, vor allem

das Bild der russischen Revolution

und ihrer Auswirkungen vor diesem Provinzgericht heraufbeschworen. In dieser Rede behauptet Wallraf, mehr oder minder den Tatsachen entsprechend, folgendes: Ende 1917 seien in Deutschland zum ersten Male internationale Einflüsse sichtbar geworden. **Das bolschewistische Zentralkomitee hat durch Aufrufe usw. die außerrussischen Arbeiter zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und zum Anschluß an die russische Revolution aufgefordert.** Die bolschewistische Propaganda hat sich ins Ungeheure ausgewachsen. Die russische Revolution hätte durch Flugschriften in deutscher Sprache („Die Fackel", „Der Völkerkrieg"), durch Funksprüche usw. die Zersetzung des kaiserlichen Heeres betrieben. Durch die bolschewistische Welle getragen, hat die Streikbewegung zunächst in Oesterreich Boden gefunden. Die heraufziehende bolschewistische Welle hat dann auch Deutschland ergriffen. Das Bestehen einer Organisation in Deutschland ergab sich aus der Gleichzeitigkeit und gleicher politischer Tendenz des Streikausbruchs an den verschiedenen Orten. Wallraf verwies in dieser Rede drohend auf die „eiserne Faust" der französischen, englischen und amerikanischen Regierungen gegenüber Streikhetzern.

Heine äußert in diesem langen Frage- und Antwortspiel nochmals seinen ganzen Aerger: „Das scheint der Herr Zeuge nicht zu wissen, daß das selbstverständlich von Spartakus stammende Streikflugblatt uns Mehrheitssozialisten als **„Handlanger und freiwillige Agenten der Regierung"** bezeichnet?

Die SPD. fordert Verbot oppositioneller Metallarbeiterversammlungen

Nunmehr wird General Freiherr von Stein, Oktober 1916 bis Oktober 1918 kaiserlicher Kriegsminister — er erscheint mit dem EK. I. auf dem Zivilrock — über angebliche Durchtreuung der Landesverteidigung durch den Vorstand der SPD. vernommen.

Zeuge: Darüber bin ich nicht in der Lage, etwas zu sagen. Wir mußten aber mit Schwierigkeiten von seiten der SPD. rechnen. Es kam z. B. vor, daß in Berlin eine Metallarbeiterversammlung stattfinden sollte.

Da kam ein Sozialdemokrat zu mir und bat, es möchte diese Versammlung verboten werden, weil in ihr der mehrheitssozialistische Flügel von den Radikalen angegriffen werden sollte.

Diese Versammlung ist verboten worden. Darauf hat Scheidemann im Reichstag wegen dieses Verbotes einen heftigen Angriff auf die Regierung gerichtet.

Ueber die Wirkungen des Streiks auf die Kriegsführung kann der General keine genaue Auskunft geben. Er kann nur „die ganze Schwere ermessen". Ueber Beeinträchtigung des Offensivplanes für das Frühjahr 1918 könne nur die Oberste Heeresleitung Auskunft geben.

Ueber diese Frage wird dann auch

General von Wriesberg,

der kaiserliche Munitionsdiktator, vernommen. Nach einigen allgemeinen Ausführungen berichtet Wriesberg zum „Beweis" der der Regierung von seiten der SPD. erwachsenden Schwierigkeiten noch folgendes:

Da war z. B. einmal von einer Dame die Rede — War das nicht Rosa Luxemburg? — Ich wurde von der Sozialdemokratischen Partei ersucht, etwas gegen die betreffende Dame zu tun. Als ich fragen ließ, ob ihre Verhaftung notwendig sei, wurde mir dies von dem Vertreter der SPD. bejaht. Da die Dame schon verschiedenes auf dem Kerbholz hatte, wurde sie verhaftet. (Mit erbittert erhobener Stimme fährt Wriesberg fort): Umso größer war unser Erstaunen, als wir hinterher wegen dieser Verhaftung, ich glaube von Herrn Ebert im Reichstag heftig angegriffen wurden, weil diese Verhaftung terroristisch gewesen sei.

Landsberg: Wer hat diese Anregung zur Verhaftung Rosa Luxemburgs gegeben? Ich bin überzeugt, daß diese Aussage falsch ist.

Wriesberg: Ich muß mich entschieden verwahren. Im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei ist jemand mit diesem Ersuchen bei mir und meinem Adjutanten gewesen.

Wriesberg kann sich des Namens nicht entsinnen,

bleibt aber fest bei seiner Erklärung.

Weder Heine noch Landsberg dringen weiter in ihn. Es ist be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0001

merkenswert, daß Heine und Landsberg zu der vom vorhergehenden Zeugen gemachten Aussage, betreffend das durch die SPD. erbetene Verbot jener Berliner Metallarbeiterversammlung, eine Aeußerung nicht für nötig gehalten hatten, und erst bei dieser noch infameren Affäre betreffend Rosa Luxemburgs Verhaftung Zweifel an der Zeugenaussage äußern. Sonst hielt niemand im Saal diese von Wriesberg gegebene Schilderung ungeheuerlicher Dinge für besonders wichtig. Ja, vor Beginn dieser Schilderung durch den General hatten der Vorsitzende und der Generalstaatsanwalt gegen weitere Aeußerungen des Generals Wriesberg Einreden gemacht.

Wie Ebert gegen die Revolution kämpfte

Nach einer Pause von 10 Minuten wird

Konstantin Fehrenbach

vernommen. Er erklärt: „Meine aus der Gesamthaltung der Partei und speziell Eberts schon damals gewonnene feststehende Ueberzeugung ist die, daß die SPD., ich rede nicht von der abgesplitterten USPD. usw., so vaterländisch gesinnt und so patriotisch war, wie irgend eine andere Partei. Die gesamte revolutionäre Stimmung war nicht getragen von der Mehrheit der SPD. Ich habe darüber meine Beobachtungen immer sofort damals zu Papier gebracht.

Ich weiß, daß am 9. November Ebert zweimal auf meinem Zimmer war und mir erzählte, wie er in zwei Versammlungen bis in den Morgen hinein in die Gewerkschafts- und Parteiführer gedrungen habe, keinen Generalstreik herbeizuführen.

Der darauf vernommene General Wilhelm Groener, Reichsminister a. D., erklärt auf die Frage nach der angeblichen Sabotage der Maßnahmen des Kriegsministeriums durch die SPD.: Im Gegenteil, ich kann nach meinen Erfahrungen von 1916/1917 feststellen, daß ich bei Ebert jederzeit volles Verständnis für die Forderungen der Landesverteidigung gefunden habe.

Heine: Wissen Sie etwas über die Tätigkeit Eberts zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur möglichsten Zusammenhaltung des Heeres in der Zeit nach dem Frontzusammenbruch?

Groener: Herr Ebert hat jederzeit die Forderungen der Obersten Heeresleitung in der nachdrücklichsten Weise unterstützt und alles getan, um unsere Forderungen durchzusetzen. Ich muß insbesondere bekunden.

daß der damalige Volksbeauftragte Ebert im engsten Einvernehmen mit mir Tag für Tag die Situation besprochen hat

und allen unseren Wünschen in weitestem Maße nachgekommen ist.

Heine: Wissen Sie, daß Exzellenz Hindenburg Ebert gegenüber auf dem Standpunkt gestanden hat wie Sie selbst?

Groener: Der Herr Generalfeldmarschall Hindenburg hat auf meine Anregung hin und eines Sinnes mit mir, sich einverstanden erklärt, daß wir mit Ebert in diesen Tagen gewissermaßen ein Bündnis eingingen. Er hat an Ebert damals einen Brief geschrieben und darin besonders hervorgehoben, daß er von Ebert gehört habe, daß auch Ebert manche Gedanken und Wünsche habe zurückstellen müssen. Er, Hindenburg, wird dasselbe tun und mit Ebert in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Eine Abschrift des von Groener erwähnten Briefes wird sofort von Landsberg verlesen. Es heißt in dem Brief in der Tat:

„Wenn ich mich an Sie wende, so, weil mir berichtet wird, daß auch Sie Ihr Vaterland über alles lieben . . . In diesem Sinne habe ich mich mit Ihnen verbündet . . . In Ihre Hand ist das Schicksal des Volkes gelegt. Ich bin bereit und mit mir das ganze Heer, Sie zu unterstützen."

Nach heftigen Zusammenstößen zwischen Bindewald und Heine, der noch auf weitere Dinge, z. B. auf eine Depesche an die Oberste Heeresleitung eingehen will, wird Groeners Vernehmung abgeschlossen.

Mehrere Tausend Berliner Arbeiter aufs Pflaster geworfen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

In den letzten Tagen sind in der elektrischen Stromzufuhr in den Groß-Berliner Bezirken angeblich Störungen aufgetreten, die von den städtischen Elektrizitätswerken bisher nicht behoben wurden. Dies haben die Unternehmer zum Anlaß genommen, um mehrere Tausend Arbeiter fristlos zu entlassen und aufs Straßenpflaster zu werfen.

*

Das Unternehmertum findet immer wieder neue Gründe, um die ihnen mißliebigen Elemente auf die Straße zu setzen, und dann die Löhne noch weiter reduzieren zu können, wie bislang. Das Unternehmertum weiß für alle seine Handlungen einen angeblichen Grund der Berechtigung zu erfinnen. Die Störungen im Elektrizitätswerk kommen dem Unternehmertum so zu paß, daß sie gewiß nicht unbeteiligt an diesem ihnen willkommenen Strommangel gewesen sind. Die auf diese Weise entlassenen Arbeiter müssen sich zusammenschließen und auf das energischste gegen ihre Entlassung protestieren, die sofortige Einstellung verlangen und den Lohnausfall sich sogleich zurückerstatten lassen.

Zur Lohnbewegung im Ruhrkohlenbergbau

Essen, 14. Dezember.

Unser Parteiblatt, das „Ruhr-Echo", schreibt zu dem neuen Schandspruch im Essener Kohlenbergbau u. a.:

„Die 8, 9 bzw. 7,2 Prozent Lohnerhöhung, die das Ergebnis des langen Schachers sind, stellen nicht einmal die Reallöhne wieder her, die nach dem Abschluß des letzten Bergarbeiterstreiks bestanden. Inzwischen ist eine große Teuerung durch Deutschland gegangen. Deshalb ist die Forderung: 20 Prozent Lohnerhöhung, welche von den arbeitsgemeinschaftlichen Bergarbeiterverbänden zuerst aufgestellt wurde, das Mindeste, was die Bergarbeiter verlangen müssen. Diese Forderung darf nicht isoliert aufgestellt und erstarrt werden. Sie muß verbunden sein mit der Forderung der Siebenstundenschicht unter Tage und des Achtstundentages über Tage. Das sind die unverrückbaren Ziele und Kampfforderungen der Bergarbeiter.

Auf dieser Plattform gilt es, die Bergarbeiter aller Richtungen zum Kampf gegen das Zechenkapital zu sammeln. Pflicht aller Bergarbeiter ist es, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Denn nur durch Erfassung aller Bergarbeiter wird der Bergarbeiterverband zu einem machtvollen Instrument des Bergproletariats und wird auch die Voraussetzung für seine Aktivisierung, für die Beseitigung des reformistischen und kampfhemmenden Einflusses geschaffen.

Keine angemessene Lohnerhöhung, keine verkürzte Arbeitszeit ohne Kampf! Darum an die Arbeit! Die Hunderttausende haben das Wort!"

Der Streik in der Thüringer Metallindustrie

(Eig. Drahtm.) Weimar, 15. Dezember.

In der Streiklage ist eine Aenderung bisher nicht vorgekommen. Die Drohung der Unternehmer mit der Generalaussperrung, die lediglich ein Manöver sein sollte, um die einheitliche Front der Streikenden zu zerstören, ist völlig verpufft und hat das Gegenteil zustande gebracht. Die Streikenden sind noch wie vor entschlossen, den Kampf bis zum erfolgreichen Ende zu führen. Aber die Scharfmacher sind erfindurisch. Nicht nur, daß sie jetzt den Schwindel verbreiten, daß die „übergroße Mehrheit der Thüringer Metallarbeiter mit der ablehnenden Haltung des Metallarbeiterverbandes gegenüber dem für verbindlich erklärten Schiedsspruch nicht einverstanden ist", und „daß ein Teil der Streikenden die Arbeit zu den Bedingungen des Schiedsspruches wieder aufgenommen habe", drohen sie erneut, den Verband für die Streikschäden haftbar zu machen. Darüber hinaus verpflichten sie sich, die bestreikten Firmen so zu unterstützen, daß sie auch bei monatelangem Streik keinen Schaden erleiden.

Weder der Schwindel von der Arbeitsaufnahme noch die neuerlichen Drohungen der Scharfmacher werden zu dem von den Metallindustriellen erhofften Erfolg führen. Die Streikenden wissen, um was es sich bei diesen Kämpfen handelt. Sie wissen, daß die Thüringer Metallindustriellen gewissermaßen nur der Schrittmacher für die Industriellen ganz Deutschlands sind und erheben daher mit Kraft die Forderung, sofort eine Konferenz für den ganzen Thüringer Bezirk für den DMW. einzuberufen, um verschärfte Abwehrmaßnahmen gegen die Provokationen der Metallindustriellen in Anwendung zu bringen. Es darf nicht mehr geschehen, daß einzelne Betriebe sich in wochenlangen oder monatelangen Kämpfen verbluten. Der Kampf in der Thüringer Metallindustrie muß und kann, wenn die Proleten in den Gewerkschaften ihre Pflicht tun, zum Kampf der Metallarbeiter in ganz Deutschland werden.

Was wir Arbeiter über die Reichstagswahlen erzählen

Von einem Arbeiterberichterstatter

Jetzt, nachdem die Wahlresultate bekannt sind, hört man sehr oft die Frage: „Was sagst Du über die Wahl?" Diese Frage schwirrt auch bei uns im Betriebe herum. Ich sage den Kollegen folgendes:

„Es bleibt alles beim Alten. Wir Proleten haben eine Lammesgeduld. Viele Kollegen haben die Lage noch gar nicht richtig erkannt. Vor allem begreifen sie nicht den Londoner Sklavenpakt und haben deshalb falsch gewählt. Die Auswirkungen desselben werden wir bald zu fühlen bekommen. Für uns Kommunisten ist der Reichstag nur eine Tribüne, wo unsere Genossen den Sumpf und Schmutz der Bürgerlichen und Sozialdemokraten anprangern. Wir Kommunisten wollen keine Ministersessel, sondern treten in schärfste Opposition zu jeder kapitalistischen Regierung. Es ist ziemlich gleichgültig ob vier oder fünf Dutzend von uns im Parlament sind. Aber der Vernichtungsfeldzug gegen unsere Partei im Zeichen der Zuchthauswahlen ist vorbeigelungen. Wir sind stark wie früher."

„Aber die SPD. hat doch einen starken Stimmenzuwachs und setzt sich vielleicht doch durch," meint ein Kollege zu mir.

„Nein", sage ich, „niemals, das ist keine proletarische Partei mehr. Sie wird doch nur gewählt von all denen, die nicht wissen, was sie wollen, und das sind nicht wenige, also der Stimmenzuwachs. Von Klassenkampf ist bei ihr auch nichts mehr zu hören. Sie ist die Partei der Arbeitsgemeinschaft, und das heißt auf gut deutsch: Arbeiterverrat. Und genau so müssen wir sie bekämpfen wie die bürgerlichen Lumpen. Sie stellt sich zwischen das Kapital und die Arbeiter und treibt mehr Staatspolitik wegen der Erhaltung von Ministersesseln und keine Arbeiterpolitik. Diese Partei glaubt, Euch Hoffnungen zu machen und jubelt über die Dollarsonne, die jetzt alles gut machen soll.

Meinst Du denn, daß sie uns einen Pfennig geben ohne Zinsen? Die müssen wir, die Neger in der deutschen Negerkolonie zahlen. Jetzt haben wir ja im großen ganzen die Annahme des Paktes hinter uns. Das dicke Ende kommt nach. Man wird wieder uns Proleten das Fell über die Ohren ziehen und uns noch mehr auspowern. Unsere Geduld ist fürwahr unendlich. Verstärkte Steuerlasten, weiterer Abbau, und dann im Betrieb die Amerikanisierung, bei der hinter jedem Kollegen die Hundepeitsche liegt, so kann sich jeder die Folgen ausmalen. Die Arbeitslosen können sich dann über die „Segnungen" der Dollarsonne bedanken."

„Aber was willst Du denn? Etwas Praktisches habe ich noch nicht gehört", meint der SPD.-Kollege.

„Die gegenwärtige Situation erfordert, daß wir in den allerschärfsten Klassenkampf eintreten und nicht verwischen, wie die Gewerkschaftsbonzen es wollen. Ich für meinen Teil halte es mit dem Kommunismus. Ein wahrer Kommunist ist mir lieber als zehn lendenlahme Anhänger der SPD. oder gar hundert von den Bonzen. Verlaß Dich darauf, wir Kommunisten sind auf dem besten Weg. In den nächsten Wochen bauen sie im Direktionsbezirk Halle zirka 1000 Eisenbahner ab, da hast Du gleich eine „sichtbare" Folge der Amerikanisierung. Es kann Dich ebenso treffen wie mich. Da heißt es, sich einreihen und gegen diese Dawes-Politik ankämpfen und seine Pflicht tun."

„Die Republik ist aber jetzt gesichert!" sagt der SPD.-Onkel, „und was Du über den Abbau sagst, glaube ich nicht."

„Du wirst es ja sehen, wenn Du auf der Straße liegst. Ich frage Dich, was nützt uns die Republik Schwarzroimostrich in der Farbe und die Unternehmer sind doch genau so stark wie unter Wilhelm?" frage ich den begeisterten Republikaner.

Er schweigt.

„Was sagst Du zu den 8000 Gefangenen? Ist das „freieste Republik der Welt"? Was sagst Du zu dem Polizei- und Spitzelsumpf, in dem Eure Führer bis an die Nasenspitze darin sitzen?"

Auf all diese Fragen blieb mir der Kollege die Antwort schuldig. Und auch die anderen, die noch mal Mostrich gewählt haben, wissen nicht, warum. Sie wagen doch nicht, den kapitalistischen Sumpf und die Reaktion, die doch Schuld der Sozialdemokratie sind, zu leugnen. Und da kann uns nur der Kommunismus, die proletarische Diktatur retten. Daran ändert auch der Ausfall der Reichstagswahl nicht das Geringste.

Wir Kommunisten an der Eisenbahn lassen den Kopf nicht hängen. Das werden wir Morgan schon bald zeigen.

Fe.

Stimmen der Parteipresse zum Wahlergebnis

Uebereinstimmend wird festgestellt, daß die Absicht des Dawes-Blocks, die Kommunisten von den Massen loszureißen, mißlungen ist, daß die KPD. festgefügt aus diesem ihr angedrohten Vernichtungskampf hervorgeht.

Die „Hamburger Volkszeitung" schreibt:

„Die Kommunistische Partei hat den Arbeitermassen keinerlei Wahlversprechungen gemacht, sondern klipp und klar ausgesprochen, daß auf dem von der Sozialdemokratie gepriesenen „demokratischen Wege" die Herrschaft des Geldsacks über den Arbeiter, Beamten und Kleinbauern, die Herrschaft der Junker und Kapitalisten und ihrer bezahlten Lakaien nicht gebrochen werden kann, ebenso wenig, wie mit Hilfe des Stimmzettels die proletarische Machteroberung durchgeführt werden kann. Die Partei hat ferner offen ausgesprochen, daß weder durch parlamentarische Anträge, wie durch Abstimmungen die Lebenslage der Arbeiterklasse gebessert werden kann.

Die Sozialdemokratie hat gerade diese unsere Feststellungen benutzt, um die Arbeitermassen für sich zu gewinnen. Und wenn am 7. Dezember die Sozialdemokratie erstarkt ist, und als die stärkste Partei in den Reichstag einzieht, so wird gerade diese Tatsache dazu beitragen, in aller Kürze den Beweis für die Richtigkeit unserer grundsätzlichen Stellung zu diesen Fragen zu erlangen; denn die SPD. wird, trotz all ihrer Wahlversprechungen nichts tun, was im Interesse des Proletariats liegt. Sie kann es nicht, weil sie gegen die Bourgeoisie nicht vorgehen kann, da sie wie wir auch während des Wahlkampfes immer wieder festgestellt haben, eine bürgerliche Partei geworden ist, die sich als vornehmste Aufgabe der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaft gestellt hat und demzufolge durchzuführen hat, was das Unternehmertum und das Finanzkapital verlangt."

Das „Thüringer Volksblatt", Gotha, schreibt:

„Zawohl, die Kommunistische Partei hat Arbeiterstimmen verloren. Die Versprechungen und der Wahlschwindel, der durch Bewilligung von einigen Pfennigen an die Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Beamte usw. getrieben wurde, und die Verhinderung jedes offenen Lohn- oder Arbeitszeitkampfes durch die Unternehmer und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben in einem Teil der Arbeiterschaft Illusionen erweckt, als kämen doch unter dem Dawes-Plan bessere Zeiten für die werktätige Bevölkerung. Wenn die nächsten Wochen, die verschärfte Teuerung, offene Lohn- und Arbeitszeitkämpfe, erhöhte Steuerlasten bringen werden, werden sich denen, die heute noch nicht den Worten der Kommunisten über die Wirkungen des Dawes-Pakts für die werktätigen Massen glauben, die Augen öffnen. Unter diesen Umständen hat jede für die Kommunistische Partei an. 7. Dezember abgegebene Stimme größere Bedeutung als bei den Maiwahlen.

Der revolutionäre Vortrupp des deutschen Proletariats steht nach wie vor fest zur Fahne des Klassenkampfes. Gerade die Wahlen in Gotha zeigen uns, daß die KPD. durch ihre Arbeit die Massen erneut aufgerüttelt hat, und daß ihr Einfluß im Wachsen begriffen ist. Heute ist die KPD. in Gotha wieder die stärkste Partei."

Jagow von Ebert begnadigt!

(Eig. Drahtm.) Gollnow, 13. Dezember.

Am Sonnabendnachmittag 4 Uhr ist auf Grund einer Verfügung des Reichspräsidenten Ebert, der Kapp-Rebell Traugott v. Jagow aus dem Festungsgefängnis Gollnow i. P. entlassen worden. Herrn v. Jagow hat das Festungsleben so behagt, daß er erst Montag früh abreisen will.

Sei. Wochen schon war bekannt, daß Herr v. Jagow einem Gnadenerlaß Eberts zufolge entlassen werden soll. Bei der teilweise vorgenommenen Renovierung der Festungszellen, die schon vor Wochen stattfand, hat dieser Herr schon die Gefängnisdirektion, ihn von den Unannehmlichkeiten der Zellenräumung zu verschonen, da er (nach seiner Angabe) auf Grund der betreffenden Verfügung am 21. Dezember 1924 entlassen würde. Also war Jagow damals schon durch seine Vertrauensmänner, die in der Regierung sitzen, gut informiert. War der Gnadenakt also das Aequivalent Eberts für den deutschnationalen Wahlsieg? Oder ist die Begnadigung Jagows, die eine sehr legale Angelegenheit Eberts ist, ein Geschenk an jene Kreise, die sich eifrig bemühen, dem „Zuchthäusler und Landesverräter" einen Strick zu drehen? Just zu der Stunde, in der der Reichspräses von den Kappisten durch die Gosse geschleift wird, verläßt der Oberkappist Jagow das Gefängnis.

*

Die Kappisten sind frei. Jagow war nicht nur der letzte, sondern auch der einzige, den man festgehalten hatte. Natürlich Ehrenhaft, wie sich das für einen solch feudalen Herrn geziemt. **Heute sitzen noch eine Anzahl von Arbeitern in den Gefängnissen der Republik, die diese Republik, deren Repräsentanten derweil nach Dresden flohen, mit Leib und Leben schützten und auf diese Weise überhaupt wieder eine Rückkehr der Ebert, Noske e tutti quanti ermöglichten! Wie lange wird die Regierung diese Arbeiter noch in den Kerkern der Republik schmachten lassen?**

Dr. „Redemann" erkrankt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. Dezember.

Der Außenminister Stresemann ist erkrankt und mußte sich in ein Sanatorium begeben. Rekurritis?

Arbeiter von Stahlhelmleuten ermordet

(Eig. Drahtm.) Zoppen, 15. Dezember.

Ein 27 Jahre alter Arbeiter wurde von Stahlhelmleuten, die eine Nachtübung unternommen hatten, ermordet. Der Arzt stellte fest, daß durch Totschläger und Stiche mehrere fingerbreite Wunden am Körper des Ermordeten verursacht seien. **Der überfallene Arbeiter starb erst nach mehreren Stunden.**

„Milderungen" des Strafvollzuges

Am 4. Dezember meldete die bürgerliche Presse, u. a. die „Hallischen Nachrichten":

„Das preußische Justizministerium wird demnächst eine Verfügung über den progressiven Strafvollzug erlassen. Ihr wichtigster Grundgedanke ist der, daß die Aufgabe des Strafvollzuges nicht allein die Zufügung des Strafübels ist, sondern vor allem das Bestreben, den Bestraften wieder einem geordneten Leben zuzuführen. Beim Strafvollzug selbst soll das Ehrgefühl der Gefangenen möglichst geschont werden. Deshalb ist das Kahlscheren der Zuchthausgefangenen gänzlich aufgehoben worden. Der Strafvollzug soll allmählich gemildert werden. Der Gefangene soll sich aber diese Milderung verdienen. Der politische Verbrecher braucht diese Vergünstigungen nicht erst zu erarbeiten, sondern hat gewissermaßen einen Anspruch darauf, wenn er ihn nicht selbst durch unwürdiges Benehmen verwirkt. Es muß freilich in dem Urteil ausdrücklich davon gesprochen sein, daß der betreffende Gefangene zu der Tat aus seinem sittlichen und religiösen Empfinden heraus gekommen ist.

Die Erziehungsmittel, die das Gefängnis hat, sind Arbeit und regelmäßige Beschäftigung. Es ist eine Pflichtarbeitszeit eingeführt worden, die bei Zuchthäuslern zehn, bei Gefängnisinsassen neun Stunden beträgt. Die Hausstrafen sind gemildert worden; abgeschafft ist der Dunkelarrest und die Fesselung der Strafgefangenen."

*

Dazu wird uns geschrieben: Durch diese Notiz, die die Runde durch die sozialistischen und bürgerlichen Blätter macht, versucht das preußische Justizministerium, Abteilung Strafvollzug, alle Klagen über den Strafvollzug abzuschwächen resp. den Amnestiesturm aufzuhalten. Die ganze Notiz ist ein einziges Geflunker. Das Kahlscheren der Gefangenen soll nicht mehr stattfinden. Diejenigen Strafanstaltsdirektoren, welche jedoch am Quälen der Gefangenen sadistische Freude empfinden, lassen trotzdem die Gefangenen kahl scheren mit der Motivierung, dies geschähe aus Reinlichkeitsgründen.

„Der politische Verbrecher braucht diese Vergünstigungen nicht erst zu erarbeiten, sondern hat gewissermaßen einen Anspruch darauf, wenn er ihn nicht selbst durch unwürdiges Benehmen verwirkt", so heißt es in der Notiz. Wer lacht da? In fast allen Fällen spricht die Blut- und Rachejustiz den politischen Verurteilten die Ehrenrechte ab, nichts ist im Urteil enthalten, daß die Straftat aus religiösem oder sittlichem Empfinden heraus geschehen ist. Das neue Erziehungsmittel besteht nach den „Hallischen Nachrichten" darin, daß man in den Gefängnissen und Zuchthäusern mit Abschaffung des Achtstundentages vorangegangen und die neun- bzw. zehnstündige Arbeitszeit wieder eingeführt hat. Das also soll die Besserung im neuen Strafvollzug sein? Dunkelarrest hat zum Glück die Revolution abgeschafft, und hat es bisher das preußische Justizministerium noch nicht wieder gewagt, denselben wieder einzuführen.

In einem späteren Artikel darüber mehr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0002

Die Moskauer „Iswestija" über die neuen Interventionsgelüste des englischen Imperialismus

Moskau, 13. Dezember.

Genosse Steklow schreibt in der Moskauer „Iswestija" über die Thronrede des englischen Königs: Macdonald hat in der Debatte über die Thronrede den Standpunkt des Königs gegenüber der Sowjetunion als beklat und seine Ausdrücke über die Sowjetunion als weich bezeichnet. Statt dessen bedeutet aber die Thronrede die Zerreißung der von der Sowjetregierung und Macdonald unterfertigten Verträge. Baldwin sprach über den Bestand der Handelsbeziehungen zwischen England und der Sowjetunion, jedoch auf Grund des Handelsvertrages aus dem Jahre 1921. Damit hat Baldwin in kategorischer Weise auf alle weiteren Verhandlungen zwischen England und der Sowjetunion, sowie auf den Abschluß eines neuen der gegenwärtigen Lage entsprechenden Vertrages verzichtet. Wir erklären, daß wir den Vertrag vom Jahre 1921 unzureichend für die tatsächliche Entwicklung der Handelsbeziehungen ansehen, da de facto die allgemeinen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion auf Grund dieses Vertrages auf einem sehr wankenden Boden stehen. Die ersten Schritte der konservativen Regierung bezeugen, daß dieses Kabinett die Schaffung eines einheitlichen Blockes der Bourgeoisiestaaten gegen die Sowjetunion anstreben wird. Die Ereignisse bestätigen dies. Die Reise Chamberlains nach Paris hatte diesbezüglich Erfolg. Es sind Nachrichten eingelaufen, denen zufolge Herriot der Schaffung einer gemeinsamen Linie mit England im Verhältnis zur Sowjetunion seine Zustimmung erteilt hat. Nunmehr zeigt auch die italienische faszistische Presse, welche sich bisher eines jeden Angriffes gegen Sowjet-Rußland enthalten hatte, Symptome des Beginnes einer neuen Antisowjetkampagne. Der Verbotes der Baltischen Staaten wird jetzt offensichtlich verwirklicht werden. Auch da ist der Einfluß Englands zu verspüren. Dieser Einfluß ist auch in dem verschärften Tone der jugoslawischen Presse uns gegenüber wahrzunehmen. Wir beobachten also den Beginn eines neuen Angriffes des englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion und die Einleitung des Versuches, uns mit einer Kette von feindlichen Staaten zu umgeben, sowie auch die Tradition der alten Handels- und Finanzblockade zu erneuern.

„Begründung" der Nichträumung Kölns

Paris, 14. Dezember.

Die Militärkontrollkommission hat der Herriot-Regierung einen ersten vorläufigen Bericht überreicht, der besagt, daß Deutschland seine Entwaffnungspflichten nicht erfüllt habe, weswegen die Besetzung in den Rheinlanden nicht geändert werden könne. Die Militärkontrolle würde bis März fortgesetzt.

An Deutschland wird eine scharfe Note gerichtet. Es soll die Entfantlichung der Polizei, Oeffnung der militärischen Archive und Schleifung der Küstenbefestigung gefordert werden.

(Eig. Drahtm.) **London,** 15. Dezember.

Englische Zeitungen erklären zur Verlängerung der Besetzung Kölns, daß britische Truppen in Köln bleiben müssen, um es gegen die Wiederaufnahme einer Poincaré-Politik Frankreichs zu schützen. Frankreich müsse einsehen, daß die englische Besetzung in Köln über den 10. Januar hinaus nicht ohne Einwilligung Deutschlands gehalten werden könne. Ein Kompromiß müsse geschlossen werden.

All dies Gerede soll nur das imperialistische Schachergeschäft zwischen Frankreich und England verdecken, dessen Auswirkung eben die Verlängerung der Besetzung ist.

Genosse Campbell soll abgeurteilt werden

London, 14. Dezember.

Bekanntlich war Macdonald gezwungen, unter dem Druck der Arbeitermassen das Hochverratsverfahren gegen den Genossen Campbell, den Herausgeber der kommunistischen Zeitung, wegen einer Aufforderung an die Soldaten einzustellen. Baldwin erklärte nun im Unterhause auf eine Anfrage, daß er den „aufrührerischen und verfassungswidrigen" Beschluß Macdonalds zurücknehme und dem Staatsanwalt die Anweisung geben werde, die Verfolgung gegen Campbell fortzusetzen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die konservative Regierung das Verbot der Kommunistischen Partei vorbereitet.

Herriot und der Linksblock leidet an Grippe

(Eig. Drahtm.) **Paris,** 15. Dezember.

Herriots Krankheit hat sich verschlimmert, so daß der Linksblock mit einem Rücktritt rechnet.

Attentatsversuch auf Krassin

Paris, 13. Dezember.

Vor dem Hause des Sowjetbotschafters Genossen Krassin wurde eine russische Weißgardistin, Maria Ergewiewa, verhaftet, die mit geladenem Revolver auf Krassin wartete, um ihn niederzuschießen. Bei ihrer Verhaftung gab sie an, aus Italien eigens zu dem Zweck nach Paris gekommen zu sein, das Attentat auf Krassin ausführen zu können.

Streik in der belgischen Eisenindustrie

Brüssel, 14. Dezember.

Die Teilstreiks in den meisten Werken der Eisen- und Stahlindustrie dauern weiter an. Die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie in der Provinz Brabant haben für Montag die Generalaussperrung für die ganze Provinz verfügt, wenn bis dahin die Teilstreiks nicht aufhören sollten. Falls auch diese Maßnahmen keinen Erfolg haben, wird nach weiteren acht Tagen die **Generalaussperrung in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie** Belgiens angedroht.

Der englisch-amerikanische Schuldenkonflikt

London, 14. Dezember.

Ueber die Frage der französisch-amerikanischen Finanzverhandlungen interpelliert, erklärte der britische Finanzminister Churchill, England fordere, daß die Zahlungen Frankreichs an Amerika gleichzeitig mit einer entsprechenden Bezahlung der Schulden Frankreichs an Großbritannien erfolgen. Im übrigen betonte Churchill das Festhalten an der Balfour-Note, deren Grundsatz gewesen sei, daß England alle ihm geschuldeten Beträge streichen werde, wenn Amerika die englischen Schulden gleichfalls streiche. Sollte dies nicht möglich sein, müsse England von Europa so viel verlangen, als Amerika von England fordern würde. Da Amerika von England Bezahlung der Schulden verlangt, muß auch Frankreich seine Schulden an England bezahlen.

Der Druck und Gegendruck mit den Schuldforderungen ist ein typisches Beispiel imperialistischer Konflikte. Der amerikanische Imperialismus versucht außer dem Druck auf beide europäischen Mächte auch durch das Ausspielen der einen gegen die andere die Oberhand zu gewinnen

Italiens Verschuldung

Rom, 14. Dezember.

Im Senat hielt Mussolini auf verschiedene Anfragen eine phrasenhafte Rede, die jedoch seine ernsten Sorgen um die materielle Zukunft seiner Regierungskunst nicht verbergen konnte. Er sagte, Italien habe **hundert Milliarden Papierlire** Schulden. Deutschland habe bisher vierhundert Millionen an Reparationen gezahlt. **Der Anteil Italiens an den deutschen Reparationszahlungen sei** mit 10 Prozent festgesetzt und könne nicht geändert werden. Es dürfe nicht geschehen, daß Deutschland Erleichterungen erhalte, solange ein Siegerstaat so drückende Lasten ertragen müsse. Das Reparationsproblem müsse mit der Kriegsschuldenfrage verknüpft werden.

Italien hat an England und Amerika ca. **4 Goldmilliarden** Schulden zu bezahlen. Während Mussolini das Land jahrelang mit Phrasen über diese Verschuldung hinwegtäuschte, wachsen die Schulden weiter an. An Amerika wurden seit 1920 nicht einmal mehr Zinsen gezahlt. Man kann sich vorstellen, welche Angst der Phrasendrescher Mussolini vor der Wirklichkeit hat, wo es sich jetzt, **daß Amerika keineswegs auf seine Forderungen verzichtet.**

Haarmann und die Schuld der Polizei

Haarmann-Prozeß achter Verhandlungstag

Noch einige unwichtige Zeugenaussagen gelangten zur Verhandlung.

Der Fall Roland Huch.

Als Zeuge wird zunächst der Apotheker Huch, der Vater des Ermordeten, vernommen. Der Sohn war seit dem 23. Mai 1923 verschwunden. Die Eltern nahmen an, daß der Junge nach Bremen gefahren sei, weil er eine große Vorliebe für die Seefahrt zeigte und auf einem Radausflüge, den er mit seinen Eltern unternahm, von einem jungen Mann angehalten wurde, der ihm von der baldigen Abfahrt eines Schulschiffes in Bremen erzählt haben soll. Der junge Huch hat, als die Eltern im Konzert waren, das Haus mit einem Koffer und einer neuen Ausrüstung verlassen und zu seinem Freunde, den er unterwegs traf, gesagt, er wolle zur Bahn.

Der Zeuge fährt fort: Wir sind noch am selben Abend um 10 Uhr, als der Junge nicht zu Hause war, zur Bahnhofswache gegangen und haben die Sache dort gemeldet. **Dort hat der Beamte, Herr von Lonski, seine Pflicht nicht erfüllt, was ich schon zu Protokoll gegeben habe. Auf unsere dringenden Bitten hin, sofort nach dem Jungen zu forschen, hat er sich ablehnend verhalten, und als wir ihm vorstellten, daß es sich um ein Menschenleben handeln könnte, hat er geantwortet:**

„Wenn nicht ein Mord begangen worden ist, so habe ich keine Ursache, einzugreifen. Wegen eines fortgelaufenen Bengels kann ich nicht den ganzen Apparat in Bewegung setzen."

Vorsitzender fällt ihm ins Wort: **Die Sache wird noch untersucht. Für uns ist das hier erledigt.**

Der Oberstaatsanwalt beantragte, den Kommissar Lonski im Fall Huch zu vernehmen.

Der Vorsitzende erklärt wütend: **Wir sind doch nicht dazu da zu prüfen, ob die Polizei ihre Schuldigkeit getan hat.**

Staatsanwalt: **Es ist selbstverständlich, daß ich hier keine Anträge stelle, um die Polizei zu belasten.** Ich wünsche, daß der Zeuge vernommen wird, was der Apotheker Huch auf der Wache gesagt hat und was der Kommissar v. Lonski für Ermittelungen angestellt hat.

Das Gericht gibt nunmehr den Antrag des Staatsanwalts statt. Es wird der Kommissar v. Lonski vernommen.

Vorsitzender: Wissen Sie noch was Apotheker Huch Ihnen auf der Bahnhofswache erklärt hat?

Zeuge: Huch machte uns darauf aufmerksam, daß der Junge nach Hamburg oder Bremen gefahren kein könnte. **Ob der Wachhabende der Schutzpolizei die Beamten gleich davon in Kenntnis gesetzt hat, weiß ich nicht.**

Vorsitzender fragt dann den Zeugen, ob er gesagt habe, um einen fortgelaufenen Jungen könne man den Apparat nicht in Bewegung setzen.

Zeuge: **Das muß ich entschieden bestreiten.** Herr Huch soll sich geäußert haben, wir sollten den Jungen in den Kaschemmen der Altstadt suchen. Davon ist mir nichts bekannt und **ich hätte das auch ablehnen müssen,** weil wir so viel zu tun hatten und weil zwischen 11 und 12 Uhr nachts die Kaschemmen wohl schon geschlossen wären, **was ich nicht genau weiß.**

Zeuge Huch erklärte dagegen mit fester Stimme, daß er auf der Bahnhofswache gefordert habe, ihm einen Beamten zur Verfügung zu stellen, um nach dem Jungen zu suchen. Darauf sind die Worte gefallen:

„Wenn er einen totgeschlagen hätte, dann wäre es was anders. Aber wegen eines weggelaufenen Bengels kann ich nicht den ganzen Apparat in Bewegung setzen."

Erst auf meine dringenden Bitten hin hat sich v. Lonski endlich bereit erklärt, nach Hamburg und Bremen zu telephonieren. **So verhält es sich, so wahr ich hier stehe.** Ich muß noch feststellen, daß der Beamte hier behauptet hat, die Personalbeschreibung wäre weitergegeben worden. **Ich habe jeden Beamten auf dem Bahnhof danach gefragt, aber es hat keiner etwas davon gewußt. v. Lonski hat auch quasi zugegeben, die Anzeige nicht weitergegeben zu haben.**

Der Vorsitzende lehnte schroff jede weitere Beweisaufnahme **ab, dazu wären sie nicht hier, die Schuld der Polizei festzustellen.** Wir können den Angeklagten nicht zumuten, jeden abend bis 7 Uhr zu sitzen.

Der achte Verhandlungstag behandelt verschiedene Fälle. Der wichtigste ist

dere Fall Wolff.

Es erscheint dere Vater des ermordeten Wolff, der Zeuge Christoph Wolff, 53 Jahre alt. Er hat seinen Sohn am 24. Oktober 1923 zuletzt gesehen. Er sprach mit einem Kriminalbeamten, der ihm sagte, er solle zur Polizei gehen. Die Polizei, an die er sich wandte, kam dann zu ihm ins Haus und sagte ihm, daß sein Sohn wohl auf dem Lande wäre, und dort viel Geld verdiene. Er solle sich nur zufrieden geben. Ende Januar kam dann der Beamte wieder und fragte ihn, ob der Junge wieder da sei. Der Zeuge empfand das als Hohn, denn er war überzeugt, daß sein Junge bereits ermordet wäre.

„Die Polizei hat Schuld, daß Haarmann meinen Sohn ermordet hat!"

ruft der Zeuge erregt in den Gerichtssaal. Der Vorsitzende antwortet: „Ruhe! Das mag ja Ihre Ansicht sein, aber es ist nicht unsere Aufgabe, die Schuld der Polizei festzustellen, sondern die Schuld des Haarmann."

Der Zeuge erkennt dann die Reste von den Kleidern seines Sohnes, auch das Hemd, von dem nur noch ein Fetzen auf dem Zeugentisch liegt, erkennt der Vater wieder.

Staatsanwalt: „Hat sich Ihr Junge öfter von zu Hause entfernt?"

Der Zeuge antwortet: „Nein! Mein Junge hat sich nie von zu Hause entfernt." Der Zeuge drehte sich dann herum und bat, an die Geschworenen einige Worte richten zu dürfen. Der Vorsitzende unterbricht ihn und sagt, das ginge ihn nichts an.

Der Vorsitzende sagt ihm, er solle sich setzen, worauf sich der Zeuge wieder im Saal herumdreht und hilfesuchend von einem zum andern schaut, bis ihn der Gerichtsdiener sanft am Arm faßt und zur Tür hinausführt.

Zeugin Lina Wolff, die Mutter des Ermordeten, kommt weinend in den Saal und sagt dasselbe wie ihr Ehemann aus. Sie erkennt ganz bestimmt die Kleiderreste ihres Sohnes wieder, ebenso der Bruder Karl Wolff.

Haarmann bestreitet diesen Mord, er habe am 25. Oktober Geburtstag gehabt und wäre an diesem Tag und an dem vorhergehenden betrunken gewesen, und in betrunkenem Zustand würde er so etwas nicht machen.

Vors.: „Sie können ihn aber doch in der Zeit vom 26. bis 30. Oktober umgebracht haben?"

Haarmann: „Das ist möglich, aber am 24. und 25. Oktober ganz bestimmt nicht."

Der amtliche Polizeiausweis Haarmanns

(Eig. Drahtmeld.) **Hannover, 15. Dezember.**

Der Kriminaldetektiv Meyer gab vor einem Notar die eidesstattliche Erklärung ab, daß Haarmann im Besitz eines amtlichen Polizeiausweises mit der Unterschrift des Kriminalkommissars Müller gewesen ist.

Die internationale Gewerkschaftseinheit marschiert!

(Eig. Drahtm.) **London,** 15. Dezember.

Am 25. Januar findet ein Kongreß zur Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit statt. Den Vorsitz wird Cook, der Sekretär der englischen Bergarbeitergewerkschaften und der Bergarbeiterinternationale, führen. Cook ist nicht Kommunist. Genosse Pollitt wird über den russischen Gewerkschaftskongreß und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit berichten. Mitglieder der englischen Gewerkschaftsdelegation nach Rußland werden über ihre Eindrücke in Rußland berichten.

Verhaftung eines Mitglieds der Stambulyski-Regierung in Bulgarien

Die Polizei verhaftete am 13. Dezember in Sofia den früheren Finanz- und Ackerbauminister Turlakoff wegen eines Vergehens gegen das gemeine Recht, nachdem das Parlament die Erlaubnis zur Strafverfolgung gegeben hatte.

Protestkundgebungen gegen den ägyptischen Kapitulations-Ministerpräsidenten

London, 14. Dezember.

Aus Kairo wird gemeldet: Ziwar Pascha, der von Kairo nach Alexandrien reiste, war der Gegenstand feindseliger Kundgebungen durch ägyptische Studenten, die in zwei Wagen Platz genommen hatten, die unmittelbar hinter dem Salonwagen des Ministerpräsidenten angekoppelt waren. Bei der Ankunft des Zuges spien die Studenten Ziwar Pascha an und schrien: **„Es darf keinen anderen Ministerpräsidenten geben als Zaglul Pascha."** Mit Ausnahme der offiziellen Persönlichkeiten beteiligte sich die ganze Volksmenge, die sich auf dem Bahnhof befand, an der Kundgebung der Studenten.

Der Dawes-Plan für China

Peking, 13. Dezember.

In aller Stille hat hier eine **Konferenz von Sachverständigen** Amerikas, Englands, Japans und Frankreichs stattgefunden, die sich mit der politischen und wirtschaftlichen Lage Chinas beschäftigte. Ein eingehender Plan zur Abhängigkeitsmachung Chinas ist ausgearbeitet worden. Die chinesische Regierung soll zunächst um Einsetzung einer Sachverständigenkommission nach Muster der Dawes-Kommission bitten. Diese Kommission wird einen Plan zur Regelung der chinesischen Schulden ausarbeiten. China soll von den Vereinigten Staaten eine Anleihe von 22½ Millionen Dollar verlangen. Die imperialistischen Mächte bewahren das größte Stillschweigen über den chinesischen Dawes-Plan; sie wollen die Sache so hinstellen, als ob China selbst um den Dawes-Plan bittet. Was mit Hilfe des Bürgerkrieges nicht gelang, soll jetzt durch die Anleihe vollbracht werden, die Unterwerfung Chinas unter die imperialistischen Mächte.

Die Anziehungskraft der russischen Revolution

(Eig. Drahtm.) **London,** 13. Dezember.

Meldungen aus Peking zufolge, ist der Bezirk Tannurla in der nördlichen Mongolei von China abgefallen und hat sich der Sowjetunion angeschlossen.

Die Angst vor dem „Bolschewismus"

Bukarest, 13. Dezember.

Die bürgerliche Zeitung „Universul" veröffentlicht eine angeblich von der Regierung aufgefangene Depesche der Sowjets an die Zaranistenpartei, worin die Zaranisten aufgefordert werden, eine Abordnung rumänischer Bauern nach Rußland zu schicken, damit sich diese von den tatsächlichen Verhältnissen und von der wirtschaftlichen Lage und somit auch von der Unrichtigkeit des Verleudungsfeldzuges der bürgerlichen Parteien Rumäniens gegen Rußland überzeugen könne. „Universul" hält auf Grund dieses Telegramms nunmehr die einwandfreie Feststellung für gegeben, daß die Zaranisten zu den Sowjets in engen Beziehungen stehen. Derartige Einladungen werden von Rußland nur an solche Organisationen gerichtet, welche sich der bolschewistischen Weltanschauung angeschlossen haben. Es sei nunmehr ein sofortiges energisches Einschreiten gegen die Zaranistenführer unbedingt erforderlich. Das neue Gesetz über die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und über den Schutz zur Sicherheit des Staates biete hierfür eine genügende Handhabe. Aus Anlaß des Namenstages des Führers der Zaranistenpartei, Lupu, hielt dieser eine Rede, in welcher er neuerdings die Notwendigkeit der Wiederaufnahme der Beziehungen Rußlands zu Rumänien hervorhob.

Solch „aufgefangene" Depeschen sind immer ein Vorzeichen für eine neue Verfolgungskampagne gegen die revolutionären Arbeiter. Eine Pariser Meldung aus Bukarest weiß auch schon zu berichten, daß die rumänische Regierung in den nächsten Tagen Tausende von „Ausländern" ausweisen werde.

Kleine Nachrichten

Die Wiener Arbeiter demonstrieren gegen Thomas. Der Arbeiterverräter Thomas, Vorsitzender des Genfer Arbeitsamtes (Völkerbund) wurde, als er von seiner „Inspektionsreise" in Wien eintraf, von der Wiener revolutionären Arbeiterschaft mit einer Protestdemonstration am Bahnhof empfangen.

Urteil gegen die Bombenattentäter in Budapest. Die zwei faszistischen Bombenattentäter in Budapest wurden zum Tode verurteilt. Weitere Angeklagte erhielten 6 bis 10 Jahre Zuchthaus. Die Horthy-Justiz war unter dem Druck der öffentlichen Meinung nach langem Zögern zu diesem Urteil gezwungen worden.

Jugoslawien und die Sowjetunion. Der Ministerrat der jugoslawischen Regierung hat den Beschluß gefaßt, die Anerkennung der Sowjetunion abzulehnen und bis auf weiteres mit Rußland auch keine Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Kämpfe in Albanien. In Albanien sind ernste Unruhen ausgebrochen. Die Regierung hat Massenverhaftungen vorgenommen.

Generalstreik auf der Insel Man (England). Zum Protest gegen die Exmittierung eines Eisenbahnarbeiters haben sämtliche Arbeiterorganisationen der Insel Man den Generalstreik beschlossen.

Die englische Gewerkschaftsdelegation aus Rußland abgereist. Die Delegation der englischen Gewerkschaften hat die Sowjetunion verlassen und ist nach England abgereist, wo demnächst ein Gewerkschaftskongreß, der sich mit der Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit befassen wird, stattfindet.

Kommunisten sind vogelfrei. Die belgische und luxemburgische Regierung haben strenge Maßnahmen zertroffen, um die aus dem demokratischen Frankreich ausgewiesenen Kommunisten am Betreten ihres Landes zu verhindern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0003

Gewerkschaftsbewegung

„Die Selbständigkeit der Gewerkschaften"

„Die Sozialdemokratische Partei erkennt die Selbständigkeit der Gewerkschaften an, die Kommunistische Partei bekämpft sie." So schrieben die SPD.- und Gewerkschaftszeitungen während der ganzen Dauer des Wahlkampfes. Was heißt Selbständigkeit der Gewerkschaften? Wenn darunter verstanden werden soll Neutralität der Gewerkschaften, d. h. Unabhängigkeit von dem revolutionären politischen Kampf des Proletariats und Verbreitung einer Auffassung, als ob die Gewerkschaften nur rein „wirtschaftliche" Interessen zu verfechten und mit Politik nichts zu tun hätten, so haben wir Kommunisten gerade diesen Standpunkt jederzeit bekämpft, weil er nicht nur unsinnig ist, sondern auch direkt zum Arbeiterverrat und in das Lager der Bourgeoisie führt. Soll aber Selbständigkeit heißen, daß die Gewerkschaften organisatorisch unabhängig sind und ihre Beschlüsse als Organisation vollkommen selbständig fassen und durchführen, **dann ist diese Selbständigkeit notwendig und wurde von uns jederzeit vertreten und anerkannt**, was nicht ausschließt, daß jede Partei das Recht haben muß, ihren Mitgliedern, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, bestimmte Anweisungen für ihr Wirken in den Gewerkschaften zu geben. Ob diese Parteimitglieder dann für ihre Auffassung in der Gewerkschaftsorganisation die Mehrheit bekommen, das ist eine zweite Frage und ist von der ersten vollkommen unabhängig.

Wie steht es nun aber in Wirklichkeit mit der „Selbständigkeit der Gewerkschaften" in bezug auf die SPD.? Gerade hier hat der Wahlkampf erneut gezeigt, daß die Gewerkschaften unter ihrer heutigen Leitung nicht selbständig sind, sondern von den an der Spitze stehenden Bureaukraten, die gleichzeitig prominente Führer und Reichstageabgeordnete der SPD. sind, zu Organen der SPD., zu sozialdemokratischen Wahlvereinen gestempelt wurden. Und, wohlgemerkt, nicht als Einzelmitglieder der Gewerkschaften mit sozialdemokratischer Gesinnung, sondern offiziell im Namen der Gewerkschaften und des ADGB.-Vorstandes wurden die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, für die SPD. einzutreten und die KPD. überall zu bekämpfen. Man muß daher schon die Frechheit und Skrupellosigkeit eines „Vorwärts" besitzen, um da noch von Achtung der Selbständigkeit der Gewerkschaften seitens der SPD. zu schreiben. Diese Demagogie wird auch vom „Vorwärts" gleich selbst entlarvt, indem er in seinem Artikel „Die Lehre vom 7. Dezember" mit aller Offenheit feststellt, daß der Bundesvorstand des ADGB. und die gesamte Gewerkschaftspresse ihre volle Pflicht (die Pflicht, die die SPD. als Partei von ihnen verlangte) erfüllt hätten. Er schreibt:

> Es darf hier festgestellt werden, daß sowohl der Bundesvorstand des ADGB. als auch die gesamte Gewerkschaftspresse in dieser Beziehung den Mitgliedern der Gewerkschaften gegenüber ihre volle Pflicht erfüllt haben.

Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Von den 7 800 000 Stimmen, die die Sozialdemokratie auf sich vereinigen konnte, dürfte die übergroße Mehrheit von gewerkschaftlich Organisierten herrühren.

Deutlicher kann die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD. und der Mißbrauch, den die Gewerkschaftsbureaukraten mit den Gewerkschaftsorganisationen im Interesse der SPD. getrieben haben und ständig treiben, nicht bestätigt werden.

Die Gewerkschaften sind aber Organe der Gesamtarbeiterschaft, in ihnen befinden sich nicht nur viele Hunderttausende von Kommunisten und mit den Kommunisten sympathisierende Proletarier. Sie sind dazu da, den Kampf des Gesamtproletariats gegen das Unternehmertum zu führen. Und dieser Kampf kann auch vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus nur erfolgreich sein, wenn jede Koalition mit dem Kapital, jede Verbindung mit der Bourgeoisie, wie sie seit Jahren von der SPD. betrieben wird, aufgegeben wird. Und gerade deshalb, gerade im Interesse der Gewerkschaften werden die Kommunisten nicht nachlassen in dem schärfsten Kampf gegen den verderblichen Einfluß der SPD. in den Gewerkschaften, gegen den Mißbrauch der gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Schachergeschäften der SPD. Wenn der „Vorwärts" und die Reformisten diesem unserem Bestreben gegenüber behaupten, daß die KPD. die Gewerkschaften bekämpfe, so ist das nur ihr alter Fälschertrick. **Niemals hat die KPD. die Gewerkschaften bekämpft, niemals hat sie als Partei zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgefordert**, sondern was sie bekämpft hat und stets bekämpfen wird, das ist der reformistische Geist, der reformistisch-sozialdemokratische Einfluß der Gewerkschaftsbureaukratie.

Selbständigkeit der Gewerkschaften! Jawohl, aber das bedeutet Befreiung der Gewerkschaften von ihrer jetzigen sozialdemokratischen Leitung und Zurückführung auf den Boden des Klassenkampfes, auf dem allein die Gewerkschaften einen für das Proletariat erfolgreichen Kampf führen können. Und deshalb, mag die SPD., mag der „Vorwärts" grölen, wie sie wollen, die Kommunisten werden mit verzehnfachter Energie in den Gewerkschaften arbeiten, sie werden alles aufbieten, um die Proletarier restlos in die Verbände zu bringen. Sie tun das im Interesse des Gesamtproletariats, im Interesse der Gewerkschaften und ihrer Befreiung von der sozialdemokratischen Bevormundung und im Interesse der Durchführung der revolutionären Kämpfe bis zum endgültigen Sieg des Proletariats.

Verbandsinstanzen und Gewerbegerichte in einer Front gegen die Kommunisten

Die „Metallarbeiter-Zeitung" vom 6. Dezember 1924 teilt folgendes Urteil des Leipziger Gewerbegerichts mit:

> Ein Betriebsratsmitglied, zugleich Schwerbeschädigter, wurde **fristlos aus der Arbeit wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter im Betriebe entlassen.** Diese Flugblätter, die er im Speisesaale des Betriebes verbreitete, forderten auf zum Kampfe gegen die kapitalistische Diktatur, für die Befreiung der gefangenen Revolutionäre, gegen den Massenmörder Haarmann usw. Die fristlose Entlassung des Betriebsrates wurde von der Firma damit gerechtfertigt, „daß der Kläger Mitarbeiter zu Handlungen zu verleiten gesucht habe, die gegen die Gesetze und die guten Sitten verstoßen" Obwohl der Betriebsrat darauf hinwies, daß im Speisesaale die Firma selbst einige Zeit zuvor Flugblätter der Deutschnationalen Volkspartei verteilte, hat das Gewerbegericht Leipzig seine Klage gegen die Entlassung abgewiesen. In der Begründung des Gerichtes heißt es, daß:

> „der Betriebsrat, der nach § 66 des Betriebsrätegesetzes den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren hat und nach § 68 dahin zu wirken hat, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Allgemeininteresse schädigen, darf unter keinen Umständen, noch dazu innerhalb der Betriebsräume selbst, zu Handlungen die Hand reichen, die sich gegen das bestehende Wirtschaftsleben und damit gegen den eigenen Betrieb, dem er angehört, richten".

Das Zentralorgan des DMV., die „Metallarbeiter-Zeitung", bringt diesen unerhörten Gerichtsspruch unter der Ueberschrift:

> „Können Betriebsratsmitglieder wegen Verteilung kommunistischer Flugblätter fristlos entlassen werden?"

Mißt diesem Urteil „prinzipielle" Bedeutung zu und fügt auch nicht den geringsten Kommentar bei. Diese unverständliche Stellungnahme eines gewerkschaftlichen Organs zu diesem Schandurteil findet aber flott ihre Erklärung in folgender Tatsache, die das „Ruhr-Echo" vom 5. Dezember mitteilt. Laut dieser Mitteilung hat die **Ortsverwaltung des DMV. in Oberhausen gegen zwei Mitglieder ein Ausschlußverfahren eingeleitet, weil sie**

vor den Betrieben kommunistische Flugblätter verbreitet haben!

Eine merkwürdige Einheitsfront ist geschlossen worden. Während die Gewerbegerichte das Verteilen von Flugblättern den Kommunisten in den Betrieben verbieten, verbieten die Verbandsinstanzen diese Verteilung sogar vor den Betrieben!

Diese gemeine Offensive scheint nur ein Schritt auf dem Wege dorthin zu bilden, wo es das Stinnessche Organ, die „DAZ." haben möchte. Die „DAZ." vom 5. Dezember zeigt das leuchtende Ziel, wohin der Weg führt. Sie schreibt:

> „Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft wird gerade nach den Wahlen wieder zu neuem Leben entfacht und einer besseren Zukunft entgegengeführt werden müssen."

Der Einmarsch in die „klassische Stätte des Klassenkampfes"

In dem berüchtigten Wahlaufruf, der die Gewerkschaften in Wahlvereine der SPD. zu verwandeln versuchte, dekretierte der Vorstand des ADGB. den Reichstag zur „klassischen Stätte des Klassenkampfes". Weil dem so ist, müssen die Gewerkschaftsmitglieder dorthin die ollen Klassenkämpfer entsenden. Nun ist das Werk vollbracht, die Wahl vorüber und folgende „bewährte" Klassenkämpfer in den Reichstag einmarschiert:

Graßmann, zweiter Vorsitzender des ADGB., **Aufhäuser**, Vorsitzender des Afa-Bundes, **Brey**, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes, **Dißmann**, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, **Giebel**, Vorsitzender des ZdA., **Gierbig**, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, **Husemann**, Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes, **Scheffel**, Vorsitzender des Deutschen Eisenbahnerverbandes, **Georg Schmidt**, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes, **Silberschmidt**, Vorsitzender des Baugewerksbundes, **Simon**, Vorsitzender des Schuhmacherverbandes, **Schuhmann**, Vorsitzender des Verkehrsbundes, und **Schlicke**, vom Vorstand des ADGB.

Die Saboteure aller Streikbewegungen, die Saboteure der internationalen Gewerkschaftseinheit, die Feinde des Klassenkampfes sind also **glücklich im Reichstag angelangt.** Mit grenzenloser Heuchelei leitet der „Vorwärts" aus dieser Tatsache die Folgerung, daß „die SPD. im eminenten Sinne eine Arbeiterpartei ist, weil in ihr insbesondere die Vertrauensleute der Gewerkschaften eine führende Rolle spielen; darin unterscheidet sich die SPD. wesentlich von der KPD., die nur den Leuten eine Rolle zu spielen erlaubt, die die Gewerkschaften bekämpfen".

Die Gewerkschaften sind bekanntlich die natürlichen Organe zur Verteidigung der Arbeiterinteressen. **Ihre Führer sabotieren den Kampf um diese Interessen und vertrösten die Mitgliedermassen mit dem Versprechen, für diese Interessen auf dem Boden des Reichstages kämpfen zu wollen.** Mag der Reichstag nun den einzigen Dienst, zu dem er fähig ist, der Arbeiterklasse erweisen: **ihr zeigen, wie die SPD.-Gewerkschaftsführer ihre gewerkschaftlichen Interessen auch dort verraten!**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Harz u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 187 001
Artur Sämtisch Bezirks-Sekretär Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle

Bezirk Funktionärsitzung Montag, 15. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Volkspark". Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingte Pflicht. **Die Ortsleitung.**

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Abteilung 7. Morgen abend 8 Uhr in der „Produktiv": **Pflichtversammlung.**

Jungsturm.

Jungsturm. Werbebezirk Westen. Dienstag abend 8 Uhr, „Produktiv": **Versamml.**

Halle-Saalkreis

Könnern. Donnerstag, 18. Dez., abds. 8 Uhr, im „Bürgergarten": **Pflichtversamml.**

Kreis Weißenfels

Langendorf. Mittwoch, 17. Dez., abends 8 Uhr, bei Lorbeer: **Mitgliederversamml.**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandl. Harz 42/44

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 2. 304 Tel. 131.
Gewerbliche Abteilung: Offene Stellen: Holzbildhauer. **Weibliche Abteilung:** Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen, Mädchen fürs Land, Mamsell, 20–25 J. für Gut, Stubenmädchen für Privat, erfahren im Nähen, Plätten und Servieren.

Zeitungsträger(in)
für **Rothenburg** bei Könnern sofort gesucht. Meldungen bei **Fritz Peter, Könnern,** Obere Braunschweiger Straße 8

Heine & Eder
Landwehrstraße 31

Bettwäsche weiß u. bunt
Bettücher, Handtücher, Wischtücher, Hemdentuch, Leinen, Taschentücher, Schlafdecken, Wolle, Schürzen, Tischtücher, Strickwesten, Gardinen – Schirme, Barchent, Umschlagetücher usw.

Strengste Diskretion!

Damen-Wäsche
aller Art, Oberhemden, Normalhemden, Unterhosen, Barchenthemden, Herren-Socken, Wollschals, Hosenträger, Herren-, Damen-Konfektion, Knaben-Anzüge, Arbeitshosen, Schlosser-Anzüge usw.

gegen kleine An- und Abzahlungen
bei sofortiger Lieferung 3867

Achten Sie bitte genau auf Firma
Heine & Eder, Landwehrstraße 3 I. Stock
Nähe Riebeckplatz — — Lindnerhaus-Neubau
Geschäftszeit: ½9 – 1 Uhr und 3 – ½7 Uhr. Sonntag 2 – 6 Uhr

Ufa-Theater Leipziger Straße
Die Bacchantin!
Das große deutsche Filmschauspiel nach dem gleichnamigen Roman von Ludwig Ganghofer. Die wundervolle Handlung, die sich bis zum dramatischen Höhepunkt am Ende ständig steigert, spielt am Lido, in Venedig, Neapel und Rom.
Die Hauptrollen halten besetzt:
Bruno Kastner **Olga Tschechowa**
Charlotte Ander **Hans Mierendorf**
Beginn 4 Uhr

Ufa-Theater Walhalla-Lichtspiele
Wuchtig, wie der brüllende Niagara!
Poesievoll, wie eine Frühlingsnacht!
Das ist der
Jagdruf der Liebe!
der neue Fox-Film
Der Film der zitterndsten Spannung, der raffiniertesten Sensationen! Unerhörte Aufnahmen der aufpeitschendsten, gewaltigsten Automobilrennen, die jemals verfilmt wurden! — Dazu:
Der Damen-Schönheits-Wettbewerb im Film!
Unsere verehrten Besucher sind Preisrichter
Beginn 4 Uhr

Ufa-Theater Alte Promenade
Schicksal
die geheimnisvolle Macht, die uns so oft leiden läßt
Schicksal
das seltsame Gewebe, das so unendlich viele fremde Leben vereinigt
Schicksal
die müde Antwort a. so viele brennende Fragen
„Schicksal"
der neue große Film mit 3869
Lucy Doraine und **Conrad Veidt**
Beginn 4 Uhr

Parteischriften
empfehlen die
Volksbuchhandlungen

Passende
Weihnachtsgeschenke
Elfenreigen, Landschaften, Stilleben, Einrahmungen aller Art
gegen bequeme Teilzahlung
Bilderversandhaus H. Germo
Mötzlicher Straße 14 415

Speisekartoffeln
gesunde, frostfreie, wetterfeste Ware
weiße Ztr. 3,80 Mk. gelbe Ztr. 4,20 Mk.
gibt laufend, auch im einzelen ab.
Auf Wunsch frei Haus
E. R. A. Bethke & Co.
Landwirtschaftliche Produkte 3847
Glauchaer Straße 21 p. l. Telephon 8551

Achtung! **Achtung!**
„Ratskeller", Weißenfels
Gr. Burgstr. 19 Gr. Burgstr. 19
Paul Jahr (Erbse)
Der geehrten Einwohnerschaft von Weißenfels und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, daß ich durch Umbau mein Lokal bedeutend vergrößert und gleichzeitig neurenoviert habe
Neueröffnung am 16. Dez. 1924
Täglich Damen-Kapelle (8 Personen)
Ab 9 Uhr:
Großes Schlachtefest
Achtung! 1335 **Achtung!**

Praktische Weihnachtsgeschenke!
Große Auswahl! **Billige Preise!**
Prima Wachstuch 100 cm breit, von 3 Mark an
Papierwachstuch 100 cm breit, von 50 Pf. an
Tischdecken mit Kante von 5 M. an
Wandschoner von 50 Pf. an
Linoleumläufer, m v. 3 Mk. **teppiche** i. all. G.
Abtreter von 1,20 Mk. an
pa. **Bohnerwachs,** ½ Pfd.-Dose 50, 60 u. 70 Pf.
Leitungsschoner, Waschtischgarnituren, Frauen- und Kinderschürzen, Windelhosen, Lätzchen, Unterlagen, Markttaschen, Mappen, Puppenstubentapeten, reizende Neuheiten (meterweise)
H. Nagel, Weißenfels, Leipziger Str. 5
(am Markt) 1 66
Bitte beachten Sie meine Schaufenster

Leistungsfähige Bezugsquelle für Chaiselongues Bettchaiselongues

Bruno Pari
HALLE
Jetzt Brüderstr. 3
Ruhebetten- und Matratzen-Werkstätten
Zahlungserleichterungen
3868

Felle,
Häute, Wolle,
kauft 1373
A. Weise,
Rannische Straße 1
Telephon 1667

Ehrenerklärung 276
Ich nehme die Beleidigung gegen Frau A. Boost mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück
W. Boost,
Höhnstedt

Stadt-Theater
Dienstag, 7½ Uhr:
Die Geliebte
Mittwoch, 7½ Uhr:
Cavalleria rusticana
Bajazzo

Weißenfels 1229
Am Saalestrand
Morgen
Schlachtefest
Emil Illig.

Geschäfts-Eröffnung
Zur gefälligen Kenntnis, daß ich **Dienstag, den 16. Dezember,** ein
Fahrrad- u. Nähmaschinengeschäft
eröffne. Es wird mein Bestreben sein billige und gute Ware zu liefern.
Fahrräder 85,— Mk., Damenräder, Luxusausführung **100,— Mk.**, 2 Jahre Garantie. **Nähmaschinen v. 115,— Mk.** an, 5 Jahre Garantie. **Eig. Reparaturwerkstatt.** 3865
Conrad Wurmstich jun.
verlängerte Königstraße

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die Führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0004
DFG

Klassenkampf

Halle und Saalkreis

Der — — Blumentopf

Von einem Fabrikarbeiter

Jetzt endlich habe ich, da es Abend ist, einmal ein wenig Zeit, nachzudenken. Und so denke ich denn, — denke, — denke . . .

Es will bald stockfinster werden. Der Abend, die Nacht bricht mit Macht herein Die Dunkelheit läßt die traurigen, öden Wände, die ärmlichen paar Möbel in meiner — mit Verlaub zu sagen — Stube nicht ganz so kahl, düster, aussichtslos, elend und kalt erscheinen.

Ich denke nach . . .

Mein Blick streift schließlich den vor dem Fenster stehenden, auf den düsteren Hof hinausschauenden Blumentopf mit der ach, gewesenen, jetzt vertrockneten Primel.

*

Ich hatte den ganzen Abend über hohe Probleme nachgedacht, hatte weltbewegende Fragen zu lösen versucht. Ich hatte festgestellt, daß ich nach nunmehr zwanzig Jahre langer schwerster, angestrengtester Arbeit in der Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen von X. und Sohn nichts, aber auch rein gar nichts besitze. Ich war zu der Schlußfolgerung gekommen, daß es mir im Gegenteil heute schlechter als je geht.

Den lieben, langen Abend hatte ich die verschiedensten Redensarten auf ihren Wert geprüft, mit denen man uns Arbeiter einfangen will.

Jetzt, da ich den Blumentopf erblickte, fiel mir das Wort „Vaterland" ein. Ich dachte: O, Ihr habt schön reden vom „Vaterland"!

Dann beginne ich, -- mein „Vaterland" zu suchen. Doch immer wieder muß ich feststellen: Ich habe kein „Vaterland". Ich sehe kein „Vaterland", das etwa meines sein könnte. Ich besitze nirgends etwas, könnte also auch kein Land mit dem Worte „Vaterland" bezeichnen.

Oder sollte ich vielleicht doch irgendwo ein Ding besitzen, das ich als „mein Vaterland" benennen könnte? — Ich suche, suche und finde keinen Anhaltspunkt dafür.

Aber halt! Sollte es vielleicht jener armselige, vor dem düsteren, kleinen, auf den Hof mit seinen schon am Tage schmutzigen, grauen, toten Wänden hinausgehenden Fenster stehende Blumentopf mit der einstmals schönen, jetzt vertrockneten Primel sein? —

Du lieber Himmel! Ja, das wäre das einzige, das ich schließlich „Vaterland" nennen könnte. Das wäre nun mein ganzes — „Vaterland": Ein Blumentopf mit einer vertrockneten Primel — —

*

Wir Arbeiter aber wollen ein a n d e r e s, ein **w i r k l i c h e s** Vaterland haben! Wir Arbeiter wollen das elende Pack, das uns das letzte nahm, zum Tempel hinausjagen. Wir Arbeiter wollen die Elenden, die unser alles, unser Leben, unser Blut, unsere Knochen nahmen, zerstampfen.

Wir wollen denen, die in Frankreich, Deutschland, England, Indien, China, Amerika, Italien, in der ganzen Welt von einer unendlich kleinen Minderheit ausgesogen werden, die, gleich uns, P r o l e t a r i e r ohne „Vaterland" sind, — all denen wollen wir die Hände zum brüderlichen Kampfesbund reichen.

In einer großen mächtigen, nach Hunderten von Millionen zählenden Kampffront wollen wir uns ein Vaterland, das die ganze Welt umfaßt, erkämpfen. Wir wollen auf den Trümmern der kapitalistischen Welt ein neues Reich aufbauen, ein Reich, in dem die Wohlfahrt, das Glück des einzelnen gleichbedeutend ist mit dem der Gesamtheit. Wir wollen unermüdlich, mit allen Mitteln im Bunde mit den unzähligen unterdrückten Millionen der ganzen Erde, im Bunde mit dem siegreichen Russenvolke L e n i n s kämpfen.

Wir wollen die proletarische Diktatur. Wir wollen den Sozialismus, den Kommunismus. Wir wollen den Kampf. Wir wollen den Sieg. **Und unserem stahlharten, unbeugsamen, machtvollen, weltumspannenden, einheitlichen Millionenwillen kann niemand widerstehen!**

Weihnachts-Index

Obwohl die gesamte Indexaufstellung ein Unsinn geworden ist, werden immer noch Zahlen mitgeteilt. Da ist denn nicht zu verhehlen, daß der Index wieder steigt, wovon man vor den Wahlen wenig wissen wollte. Es sind angeblich nur 0,9 Prozent, um die er in die Höhe gegangen ist; aber die Arbeiterfrau, die mit ihren paar Pfennigen einkaufen geht, spürt es anders.

Der hallische Index vom 10. Dezember 1924 laut Berechnung des Statistischen Amtes (auf der Grundlage der 5köpfigen Normalfamilie, bezogen auf 1913/14 = 1) lautet:

1. Gesamt-Index, d. i. Lebenshaltung einschl. Bekleidung 1,11 (Veränderung gegenüber der Vorwoche + 0,9 Prozent; 2. Lebenshaltung ohne Bekleidung, d. i. Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung 1,06 (+ 1,0 Prozent). — Im Einzelnen lautet der Index für 3. Ernährung 1,21 (+ 1,7 Prozent); 4. Heizung und Beleuchtung 1,63 (—,—); 5. Wohnung (2 Zimmer u. Küche, Friedensmiete ohne Nebenabgaben 320 Mk.) 0,65 (—,—); 6. Bekleidung 1,40 (—,—).

Das Urteil im Teutschenthaler Mordprozeß!

Feldhüter Heine freigesprochen — Der verhaßte „Klassenkampf"

Prozeßbericht

Halle, 14. Dezember.

Die B e w e i s a u f n a h m e war bereits am Freitag, am ersten Verhandlungstage, geschlossen, so daß am Sonnabend nur noch der V e r t r e t e r d e r A n k l a g e und die V e r t e i d i g e r zu Worte kamen. Die Angeklagten hatten in dem S t a a t s a n w a l t P a r e y einen wirklich guten V e r t e i d i g e r, statt eines Anklägers. Die eigentlichen Verteidiger, Justizrat P e t e r s und Rechtsanwalt S p i l l i n g hätten sich ihre stundenlangen Plaidoyers sehr gut sparen können. Vielleicht wären die Angeklagten noch besser davon gekommen, wenn Herr Spilling auf sein Plaidoyer verzichtet hätte. In der

Rede des Staatsanwalts

wurden schon treffend alle M i l d e r u n g s g r ü n d e vorgeschoben. Er hatte doch schon gesagt, daß durch eine „gewisse" Zeitung der Angeklagte Heine als Doppelmörder bezeichnet wäre, und daß außerdem in dieser Nummer auch das Bild des Angeklagten erschienen wäre und er dadurch in Teutschenthal furchtbar verhaßt sei. Die Kommunisten hätten schon einmal zwei der Angeklagten überfallen und geprügelt. (Waren Sie dabei, Herr Staatsanwalt?) Auch an diesem Unglückstage seien die Angeklagten teilweise wieder belästigt, die Stimmung und Erregung der Angeklagten sei also absolut verständlich.

Der Staatsanwalt schildert dann den U e b e r f a l l i n d e r S c h l i p p e, wo von diesen Banditen, die in der Mehrzahl waren, die beiden Arbeiter heimtückisch niedergeschossen wurden, genau so, wie die Angeklagten den Vorfall geschildert haben. Der Staatsanwalt stellt hier Behauptungen auf, die durch nichts erwiesen sind. Wenn z. B. der Angeklagte Arndt in der Schlippe einen Schlag auf den Kopf erhalten haben will, der ihn besinnungslos gemacht habe, so ist das nur die Schilderung der Angeklagten. **Kein vereidigter Zeuge konnte Angaben machen, ob Arndt geschlagen sei und von wem der Schlag eventuell herrühre.** Und wenn man schon den Ausführungen des Staatsanwaltes bis hierher folgen wollte und als tatsächlich unterstellen will, daß der ermordete John den fraglichen Gummiknüppel besessen habe, so wird wohl kein vernünftiger Mensch glauben, daß John gegen diese in der Uebermacht gewesene Indianerhorde der Angreifer gewesen ist. Aber auch dieses alles ist nur die Erzählung der A n g e k l a g t e n, auf die sich der Vertreter der Anklage stützt.

Sämtliche Z e u g e n, deren eidliche Aussagen ganz andere Schlüsse zulassen, und nach denen der Feldhüter Heine ganz bestimmt zumindest der Mörder des Heise ist, werden von dem Herrn Staatsanwalt nicht gewertet. Wenn in der Schlippe wirklich n u r z w e i Schüsse gefallen sind, von denen der zweite schärfer als der erste war, so ist es gar nicht so ausgeschlossen, daß beim zweiten Schuß tatsächlich **zwei dieser Wüteriche zu gleicher Zeit abgedrückt haben,** so daß in Wirklichkeit doch d r e i Schüsse gefallen sind, von denen einer dann

unbedingt aus den Revolver des Heine stammen

wird. Außerdem ist durch gar nichts bewiesen, daß Arndt tatsächlich einen Schuß abgefeuert hat. Auch die Waffe des Arndt ist seltsamerweise bis heute noch nicht aufgefunden. Herr Staatsanwalt, diese Dinge hätten unbedingt der Aufklärung bedurft und mit einiger Mühe hätte man sie auch sicher aufgeklärt. Uns aber will es scheinen, als hätte die Staatsanwaltschaft an der restlosen Aufklärung dieser Mordgeschichte gar kein großes Interesse gehabt.

Der Staatsanwalt beantragte dann eine S t r a f e, die aber durch die vorangegangene Verteidigungsrede gar nicht begründet erschien und schließlich im Urteil auch nicht erreicht wurde. Ueber die

Ausführungen der deutschnationalen Verteidiger

wollen wir uns jedes Wort sparen. Unsere Leser werden sich denken können als was für Unschuldslämmer diese „vaterländischen" Mordbanditen von den nationalen Herren geschildert wurden. Nur eins müssen wir erwähnen. Wie sehr der Staatsanwalt Parey die Angeklagten verteidigte, kann man daraus ersehen, **daß beide Verteidiger sich am Anfang ihres Plaidoyers den Ausführungen des Staatsanwaltes anschlossen.**

Der Herr Staatsanwalt verzichtete auch nach den Reden der Verteidiger auf eine E n t g e g n u n g (!), obwohl diese beiden Herren (einer mit dem Monokel) vieles nicht erwiesen als wahr unterstellen. (Im Böhme-Prozeß hingegen war es derselbe Staatsanwalt, der die Plaidoyers der Verteidiger M ü l l e r und B a r b a s c h glaubte berichtigen zu müssen!)

Nach mehrstündiger Beratung wurde dann abends gegen 8 Uhr das auf der ersten Seite wiedergegebene U r t e i l gefällt.

Zu erwähnen ist noch, daß in den Nachmittagsstunden, als sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, plötzlich von einigen Angeklagten die neueste Nummer des „K l a s s e n k a m p f" mit dem Bildnis des als Doppelmörder bezeichneten Flurhüters Heine in den Gerichtssaal gebracht wurde. Wenn Blicke töten könnten, dann wäre der Berichterstatter des „Klassenkampf" heute ebenfalls ein Opfer dieser „nationalen" Mordgesellschaft. Staatsanwalt, Angeklagte und Verteidiger waren scheinbar sehr empört. Justizrat Peters machte mit der Hand eine abfallende Bewegung in der Richtung unseres Berichterstatters. Der Mann mit dem Monokel mag sich trösten Wir Kommunisten verzichten gerne auf die Anerkennung der nationalgesonnenen Herren. Die Größe der Wut und der Mißachtung ist für uns ja nur ein Beweis, **daß wir den Nagel auf den Kopf trafen.** Wir werden uns bemühen, auch in Zukunft noch recht viele abfällige Handbewegungen zu verdienen.

*

Die Arbeiterschaft muß auch aus diesem Prozeß, der, **wie wir** es vorausgesagt haben, zu einem Skandal geworden ist, die Lehre ziehen, daß die Gerichte in unserer herrlichen demokratischen Republik sich stets schützend vor reaktionäre Verbrecher stellen. Man stelle sich nur einmal vor, es wären auf ähnliche Weise und unter ähnlichen Umständen zwei S t a h l h e l m e r ums Leben gekommen und die Angeklagten wären A r b e i t e r. Die Arbeiter wären ganz sicher nicht auf freiem Fuß gelassen. Man hätte gegen sie außerdem noch einige andere Paragraphen in Anwendung gebracht, von denen das Strafgesetzbuch und das Gesetz zum Schutz der Republik ja so voll ist, und hätte sie auf Grund dieser Paragraphen sicherlich auf Jahre in das Z u c h t h a u s gebracht.

Dieser nationalen Mordgesellschaft aber, die in ihrer Blutrünstigkeit und tierischen Verkommenheit zwei Arbeiter meuchlings mordet, wird k e i n H a a r g e k r ü m m t. Der Staatsanwalt v e r t e i d i g t sie und sie erhalten vom Gericht einen F r e i b r i e f ausgestellt, mit dem sie von neuem auf die Arbeiterschaft losgelassen werden.

Die Arbeiterschaft muß alle Sentimentalität und Gefühlsduselei abstreifen Sie muß sich **mit denselben Mitteln schützen, mit denen sie angegriffen wird.** Sie muß vor allen Dingen ihren Hauptfeind, der bürgerlichen Lügenpresse, den verdienten Fußtritt geben, denn diese ist es, die durch Lügenberichte, ihre Entstellung von Tatsachen und ihre chauvinistischen Hetzartikel diese Drachensaat streut. Sie schafft künstlich diese M o r d a t m o s p h ä r e, sie schützt die Mörder und feiert sie. Jeder Arbeiter muß daraus seine Schlüsse ziehen Bestellt sofort die bürgerliche Presse ab, die Euch Tag für Tag begeifert und in den Dreck zieht, die Euch in Eurer Not und Verzweiflung noch verspottet und verhöhnt, die Euch nur als Lumpenproletariat bezeichnet. Schlagt sie ins Gesicht, diese Mordpresse, indem Ihr sie abbestellt und Leser des „Klassenkampf" werbet, der nur darum so gehaßt wird, weil er rücksichtslos und ehrlich die Interessen der werktätigen Volksmassen vertritt.

* **Krammetsvogelfang.** Neuerdings wird der Krammetsvogelfang mit Schlingen wieder in größerem Umfang ausgeübt. Wenn die Beteiligten sich hierbei auf während der Kriegszeit ergangene Anordnungen der damaligen Militärbefehlshaber berufen, so geschieht dieses zu Unrecht, da die betreffenden Anordnungen nicht mehr zu Recht bestehen. Nach § 8 des Reichsvogelschutzgesetzes vom 30. Mai 1908 (Reichsgesetzblatt S. 317) ist das Fangen von Vögeln mit Schlingen allgemein untersagt.

Max Mend

1

Roman von **J i m D o l l a r**

„Wo ist der Vater?" rief der junge Rockefeller aus.

„Ja, Artur, er ist hier. Jeremia ist hier in diesem Sarg — er ist bei Warschau getötet worden."

Mrs. Elisabeth Rockefeller sprach es mit bebender Stimme, drückte das Taschentuch ans Gesicht und schluchzte.

„Bruder, ich will Ihren Arm nehmen", flüsterte die hübsche Clair, sich an den regungslos dastehenden jungen Mann schmiegend.

Aber Artur wankte zurück und klammerte sich an die dicke, weiche Hand des Doktor Lepsius.

„Fragen Sie sie, wer den Vater getötet hat", flüsterte er mit weiß gewordenen Lippen.

Lepsius wiederholte seine Frage.

„Nicht jetzt... Ich kann jetzt nicht darüber sprechen", murmelte die Witwe.

„Warum soll man es ihm nicht sagen, Mama?" mischte sich Clair mit ihrem männlichen Baß ein, „darüber besteht ja kein Zweifel: die Bolschewisten haben ihn ermordet."

Die Trauerprozession setzte sich wieder in Bewegung. Lepsius griff den wankenden Artur unter die Arme und führte ihn zum Auto. Der Quai wurde leer, einige Regentropfen prasselten nieder, es klang wie eine Schreibmaschine unter den flinken Händen einer qualifizierten Stenotypistin ..

Nach links und nach rechts ausspeiend, geradeswegs durch den Regen, den Docks zu, schritten mit offener Jacke zwei Matrosen vom „Torpedo" Sie kamen noch nicht dazu, sich zu betrinken, aber sie hatten es sich fest vorgenommen. Beide hatten silberne Ringe in den Ohren, ihre Zähne funkelten wie Perlen.

„Weiß Gott, Dipp, bist wirklich ein Erznarr!"

„Schweig, Dahn — wärest Du an meiner Stelle gewesen, Du wärst zu einer Salzsäule erstarrt."

„Keine Spur!"

„Ich sage: zu einer Salzsäule!"

„Von dieser Kleinigkeit? Nicht einmal der Bauch hätte mir geknurrt!"

„Kleinigkeit! Ich will Dir was sagen: Lieber soll mich ein Hai auffressen, und zwar mit den Beinen anfangen und mit dem Kopf enden, und nicht umgekehrt — als daß ich wieder eine solche Sache erlebe."

„Was für eine Sache? Weiberkunststücke! Weiter nichts!"

„Keine Spur, mein Bester: hier war nicht das Weib im Spiele, sondern der Satan selber. Wenn Du es gesehen hättest, wie sie in Strömen zerfloß und laut heulte als sie mit dem Kapitän zusammen war und dann...auf einmal mit vollkommen trockenen Augen wegblickte und lächelte... Verstehst Du — sie meinte, sie wäre allein, und ich stand hinter dem Persening — weißt Du, Du hättest vor der Sonne Angst gekriegt!"

„Schafskopf! Was ist denn Furchtbares dabei?"

„Bist selber ein Schafskopf... Denk' an mein Wort..."

Das weitere verklang im Schacht, dessen Stufen zum Keller führten: „Ozeania" hieß das Lokal — „warme Speisen und Spirituosen — speziell für Seeleute." Wenn wir auch einmal da hinabsteigen, Leser, so doch jedenfalls nicht in diesem Augenblick: nach meiner Berechnung ist das erste Kapitel gerade jetzt zu Ende

K a p i t e l II.

Doktor Lepsius in seiner eigenen Gesellschaft.

Mit schnellen Sprüngen, die weder seinem Alter noch seinem Umfang entsprachen, eilte er in seine Wohnung, die in der zweiten Etage lag. Es war eine mehr als bescheidene Behausung. Die Zimmer waren fast ohne Möbel, die Fenster ohne Gardinen, der Fußboden ohne Teppiche. Nur das Speisezimmer mit dem Kamin und das kleine Schlafzimmer schienen bewohnte Räume zu sein. Das Haus hatte übrigens einen Anbau, in den Dr. Lepsius keinen Menschen außer seinem Diener hineinließ dessen gelbliches Gesicht mit zweifelloser Sicherheit seine gemischte Abstammung verriet.

Lepsius schien sehr erregt, als er in seine Wohnung eilte. Alle drei Stufen seiner zur Nase führenden Treppe tanzten, als er murmelte:

„Eine Konferenz, eine richtige Konferenz! Warum sollen sie sonst alle nach Neuyork gekommen sein? Was zum Teufel haben sie hier zu suchen! Aber um so besser, um so besser! Es ist gerade die beste Zeit für Dich, Freund Lepsius, gerade jetzt, wo es Deiner Entdeckung an Experimenten, Beispielen, Prüfungsobjekten fehlt ... Toby! Toby!"

Ein Mulatte mit dicken Lippen und winzigen Affenhändchen schlüpfte aus dem Nebenzimmer heraus. Lepsius gab ihm Hut und Stock, setzte sich in einen Sessel und verharrte einige Augenblicke regungslos. Toby stand wie ein Hund daneben, den Blick auf den Fußboden gerichtet.

„Toby," sagte der Doktor endlich mit leiser Stimme, „wie geht es Seiner Majestät Bugas dem Einunddreißigsten?"

„Er ist schlecht und beklagt sich. Von Gymnastik wollte er nichts wissen, auf's Trapez war er nicht hinaufzubringen, obwohl ich ihm mit der Peitsche drohte . . "

„Er wollte keine Gymnastik machen, sagst Du?"

„Nein, das wollte er nicht, Herr."

„Hm, hm. Und hast Du versucht, die Bananen oben anzuhängen?"

„Ich habe alles versucht, — so wie Sie es befohlen haben."

„Nun komm, wir wollen ihn besuchen. Uebrigens, Toby, — schicke vorher den Chauffeur mit meiner Visitenkarte nach dieser Adresse."

Lepsius schrieb auf das Kuvert einige Worte und übergab es dem Mulatten. Dann öffnete er ein Schränkchen, entnahm ihm ein Fläschchen mit dunkler Flüssigkeit, steckte es in die Seitentasche und begann langsam die Treppe hinabzusteigen: dieses Mal war es eine innere Treppe, die zu der Rückseite des Hauses führte. Eine Minute darauf holte ihn Toby wieder ein. Sie passierten einige leere, finstere Zimmer, die voller Staub und Spinngeweben waren und traten durch eine kleine Tür auf den inneren Hof hinaus. Er war mit Asphalt bedeckt. Hohe Steinmauern schützten ihn vor den neugierigen Blicken der Nachbarn. Nirgends sah man eine Bank oder einen Blumentopf, als wenn es kein Hof in einem der zentralen Viertel von Neuyork, sondern ein Gefängnishof wäre. Nach etwa hundert Schritten erreichten sie ein Betongebäude, das an eine Garage erinnerte. Ein schweres Schloß hing am Riegel der Tür. Lepsius war gerade im Begriff, den Schlüssel in die Oeffnung zu stecken, als von der anderen Seite, aus dem Hauptgebäude, eine Stimme erklang. Lepsius drehte sich nervös um.

„Wer ist da?"

„Doktor, man fragt nach Ihnen", rief atemlos die puterrote Wirtschafterin mit einem Häubchen auf dem Kopfe. „Es ist jemand da! Es ist jemand da!"

Mrs. Smoll, die Wirtschafterin des Doktors, war so gut wie taub, — ein recht unbedeutender Vorzug bei einer Frau, die noch im Vollbesitze ihrer Zungenfertigkeit ist.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0005
DFG

* **Die Proletarische Kulturvereinigung** weist darauf hin, daß ihre Ausstellung nunmehr im „Volkspark" (Kolonnade) eröffnet ist. Der gestrige Besuch war ganz gut. Daß die Ausstellungsgegenstände sehr preiswert sind und nur gutes Material dazu verwendet worden ist, beweist, daß jetzt schon eine ganze Anzahl solcher Artikel verkauft sind. Deshalb macht die Proletarische Kulturvereinigung nochmals darauf aufmerksam, diese Ausstellung zu besichtigen. Proletariern, die ihren Kindern oder Angehörigen zu Weihnachten eine Freude machen wollen, ist hier Gelegenheit gegeben, sehr nützliche, preiswerte und vorteilhafte Sachen zu kaufen. Die Ausstellung ist bis 19. Dezember von nachmittags 3 Uhr bis abends 10 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Der Erlös kommt der IAH. zu.

* **Bund der Freunde der IAH.** Morgen, Dienstag, außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung im „Volkspark". Alle Mitglieder, auch die korporativ angeschlossenen Vereine, müssen erscheinen.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, Zigeunerbaron, Dienstag, 7½ Uhr, Die Geliebte, Mittwoch Cavalleria rusticana und Bajazzo, Donnerstag Zigeunerbaron, Freitag in neuer Einstudierung 1001 Nacht, Operette von Johann Strauß. Sonnabend Barbier von Bagdad.

* **Ueber Wesen und Aufgaben der Zeitung „Das Wort"** — schreibt uns der Verlag — scheint in weiteren Kreisen noch immer nicht die richtige Anschauung verbreitet zu sein. Das Blatt soll eine besondere Aufgabe erfüllen in ausführlicher Behandlung der Probleme des Klassenkampfes und der Revolution, die in der Tagespresse wegen ihrer Belastung mit den Fragen der Tagespolitik nicht oder nicht ausführlich genug erörtert werden können. Insbesondere Kulturprobleme im engeren Sinne des Wortes, daneben aber auch weltpolitische oder Weltwirtschaftsfragen. Immer geschieht es unter Anwendung der marxistischen Methode. So veranschaulicht „Das Wort" in jeder Nummer Beispiele der Erfassung von Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftsgeschehnissen im Sinne und mit der Methode der kommunistischen Weltanschauung. Auch Berichte über besondere Geschehnisse im In- und Auslande werden gebracht. In der heutigen Ausgabe z. B. wird abgedruckt eine Rede zum Thema „Reaktion oder Revolution?", die der Dichter Joh. R. Becher vor Jungrepublikanern hält, ferner ein ausführlicher Bericht über den „Prozeß der 149 in Reval", der bekanntlich die revolutionären Verzweiflungskämpfe des estnischen Proletariats auslöste, die von der „demokratischen" Regierung durch brutalsten Terror mit Standrecht niedergeschlagen wurden. Außerdem steht im Feuilleton eine wundervolle, hochinteressante Schilderung vom organisatorischen und geistigen Wirken eines Kriegskrüppels in einem russischen Dorfe unter dem Titel: „Ein Kulturträger." „Das Wort" ist zu abonnieren und auch einzeln zu kaufen. Die Austräger besorgen jede Nummer.

Seinen schweren Verletzungen erlegen!

Stahlhelmer die Mörder

Wir berichteten bereits über den Stahlhelmüberfall in Langenbogen auf den Genossen Paul Schmidt, der während des Wahlkampfes von Reaktionären durch einen Dolchstich in den Rücken schwer verletzt wurde. Nunmehr ist der Genosse Schmidt, der ein aktiver Parteigenosse war, seinen Verletzungen erlegen. — Wir werden auf den Mord, den der Stahlhelm-Mann Killert verübt hat, noch morgen zurückkommen.

Wie die „Rote Hilfe" arbeitet!

Der Beschluß des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe", **jeder Frau 3 Zentner und jedem Kind 1 Zentner Kartoffeln als Winterbeihilfe** zur Verfügung zu stellen, konnte mit Hilfe einzelner Ortskomitees zur Durchführung gebracht werden.

Nachfolgender Brief zeigt, daß die „Rote Hilfe" den Frauen unserer Klassengenossen keine größere Freude bereiten konnten, als ihnen diese Sorge für den Winter abzunehmen. Die Genossin Wielsch aus Helbra schreibt:

Werte Genossen! Ich sage Euch meinen herzlichsten Dank für die Winterbeihilfe, die ich am Freitag erhalten habe. Auch danke ich der „Roten Hilfe" für alles Gute, was sie an mir und meinen Kindern bis jetzt getan hat. Wenn ich die „Rote Hilfe" nicht hätte, würde es bei mir sehr, sehr traurig aussehen. Und Genossen, was in meiner Macht liegt, so will ich meine Kinder nach dem Sinne ihres Vaters erziehen, das sie treue und brave Kämpfer werden.

Mit kommunistischem Gruß!
Liesbeth Wielsch, Helfta.

Dem Bezirkskomitee standen insgesamt **336½ Zentner** zur Verfügung. Die Kartoffeln wurden wie folgt aufgebracht:

Seeben 40 Zentner,	Wallhausen 35 Zentner,
Gennewitz 16½ Zentner,	Riestedt 25½ Zentner,
Papitz 16½ Zentner,	Sangerhausen 4 Zentner,
Zörbig 7 Zentner,	Bruckdorf 30 Zentner,
Löbejün 24 Zentner,	Schkeuditz 4 Zentner,
Gutenberg 29 Zentner,	Wehlitz 12 Zentner,
Dieskau 4 Zentner,	Reideburg 13 Zentner,
Diemitz 26½ Zentner,	Freirode 12 Zentner,
Zwintschöna 7 Zentner,	Böllberg 5 Zentner.

Die Kartoffelsammlung ist also abgeschlossen. Aber damit ist die **Sammeltätigkeit noch nicht beendet. Bis 15. Dezember muß mit noch größerer Aktivität für die Ausgestaltung der Weihnachtsbescheerung gesammelt werden.** Die erfreulichen Erfolge bei der Kartoffelsammlung müssen durch die Weihnachtssammlungskampagne noch in den Schatten gestellt werden.

Genossen! Zeigt Euren gefangenen Brüdern, daß Ihr Ihre Familien nicht vergessen habt und daß Ihr, verkörpert durch die „Rote Hilfe", bereit seid, den Frauen und Kindern der Gefangenen eine wirkliche Weihnachtsfreude zu machen.

Fraktionskonferenz der kommunistischen Landarbeiter

Am Sonntag, dem 14. Dezember, fand in Halle eine **Konferenz kommunistischer Landarbeiter-Funktionäre statt.** Genosse Erde-Berlin referierte über **die Arbeit der Kommunisten in der Landarbeiterbewegung.** Er zeichnete in kurzen Zügen die Lage des Landproletariats, wies an Hand programmatischer Aeußerungen der Unternehmerverbände und der sozialdemokratischen Führer nach, daß auf Grund des Dawes-Paktes weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen, Abbau der sozialen Fürsorge usw. durchgeführt werden sollen. Demgegenüber gilt es die **Abwehrfront des Proletariats, insbesondere des Landproletariats,** zu organisieren. Um die Kampffreudigkeit und Kampffähigkeit der Landarbeiterschaft zu heben, müssen die Kommunisten mit aller Energie an die **Organisierung des Landproletariats,** an die **Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, Verschmelzung des VLWD. und DLV. gehen.** Die sozialdemokratischen DLV-Führer stehen dem entgegen. Sie stehen auf dem Boden des Londoner Sklavenvertrages, der nur durchgeführt werden kann, wenn die Arbeiterschaft schwach zersplittert ist. Gerade deshalb ist es umsomehr unsere Pflicht, an die Organisierung des Landproletariats heranzugehen, um dessen Kampffähigkeit zu steigern. Die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit ist eine Kampfaufgabe der Kommunisten.

Trotz dem Widerstreben der sozialdemokratischen DLV.-Führer müssen wir darauf drängen, daß **gemeinsame Mitgliederversammlungen des VLWD. und DLV. stattfinden, daß gemeinsame Besprechungen zur Vorbereitung der notwendigen Abwehrkämpfe gegen das Kapital erfolgen, gemeinsame Forderungen** aufgestellt und im Kampfe durchgeführt werden. Gleichzeitig gilt es, eine enge Kampfbrüderschaft zwischen der Land- und Industriearbeiterschaft herzustellen.

Den Darlegungen des Referenten und seinen für die praktische Arbeit gemachten Vorschlägen folgte eine rege **Diskussion,** in der sich Genosse Ackermann gegen die grundlegenden Ausführungen des Referenten wandte. Genosse Taube und der Referent entkräfteten die Argumente des Genossen Ackermann. Daraufhin wurde folgende

Entschließung

angenommen:

Die am 14. Dezember in Halle versammelten Funktionäre erkennen an, daß die Lage der Landarbeiter nur verbessert werden kann unter völliger Einheit der Landarbeiterschaft, um Kämpfe erfolgreich führen zu können. Die Führer des DLV. haben die Interessen der Landarbeiter fortgesetzt systematisch verraten. Der VLWD. andererseits hat allein nicht die Macht, die notwendigen Kämpfe zum Erfolg zu bringen. Die Versammelten stellen sich daher auf den Standpunkt, daß von der Gesamtarbeiterschaft die völlige gewerkschaftliche Einheit erstrebt werden muß zum Zwecke der Beseitigung der reformistischen Führer, zum Kampf gegen das Kapital. Das bedingt, daß unsere Genossen im DLV. und im VLWD. dauernd dahin arbeiten, die beiden Verbände zu einer einheitlichen revolutionären Klassenkampforganisation für die Landarbeiter zu vereinigen innerhalb des ADGB., um zugleich diesen zu revolutionieren.

Quittung über eingegangenes Wahlpulver

Alsleben, Vers. 4,34 Mk.; Wieskau, Vers. 3,62 Mk.; Lettin, Vers. 7,76 Mk.; Schlettau, Vers. 5,85 Mk.; Lauchstaedt, Vers. 4.— Mk.; Landsberg, Liste Nr. 1251 6,60 Mk., 1253 8,60 Mk.; Kanena, Liste Nr. 1153 1,45 Mk.; Nr. 1154 2,50 Mk.; Nr. 1155 3,75 Mk.; Gutenberg, Liste Nr. 1264 2,80 Mk.; Halle, Liste Nr. 1074 1,70 Mk.; Nr. 1075 1,75 Mk.; Nr. 1058 2,65 Mk.; Nr. 1064 1,65 Mk.; Nr. 1062 3,95 Mk.; Nr. 1063 0,90 Mk.; Nr. 1031 4,30 Mk.; Nr. 1128 2,— Mk.; Nr. 1050 0,15 Mk.; Nr. 1051 0,80 Mk.; Nr. 1060 4,85 Mk.; Nr. 1059 4,35 Mk., Nr. 1034 8,40 Mk.; Nr. 1047 4,80 Mk.; Nr. 1045 3,60 Mk.; Löbejün, Vers. 10,37 Mk.; Wählitz, Liste 1772 2,— Mk.; Freiroda, Vers. 3,15 Mk.; Großkörner, Vers. 6,20 Mk.; Altranstädt 9,06 Mk.; Düben 4,— Mk.; Mücheln, Liste Nr. 1337 3,90 Mk.; Nr. 1339 4,75 Mk.; Nr. 1340 0,25 Mk.; Artern, Belegschaft Saline 10 Mk.; Holzweißig, Liste Nr. 1602 7,— Mk.; Zschortau, Listen Nr. 1659, 1660, 1661 16,35 Mk.; Deuben, Liste Nr. 1715 3,— Mk.; Nr. 1716 3,10 Mk.; Deuben, Vers. 2,25 Mk.; Bornstedt, Liste Nr. 1415 2,50 Mk.; Nr. 1905 2,45 Mk.; Liste Nr. 1906 11,35 Mk.; Reinsdorf b. W., Liste Nr. 1893 7,85 Mk., Nr. 1894 13,— Mk.; Bockwitz, Liste Nr. 1563 8,85 Mk.; Liste Nr. 1565 1,— Mk.; Theißen, Liste Nr. 1830 und 1833 18,25 Mk.; Eisleben, Liste Nr. 1423 2,25 Mk.; Creisfeld, Liste Nr. 1460 2,50 Mk.; Schmellin, Liste 1689 1,60 Mk.; Liste 1690 2,50 Mk.; Neumark 4,50 Mk.; Halle, Liste Nr. 1115 2,—; Nr. 1118 6,10 Mk.; Nr. 1117 1,— Mk.; Nr. 1081 1,60 Mk.; Nr. 1039 3,50 Mk.; Nr. 1040 1,— Mk.; Nr. 1111 1,70 Mk.; Nr. 1087 1,40 Mk.; Kösen, Liste Nr. 1779 13,92 Mk.

Die Beträge stellen nur die Hälfte der gesammelten Gelder dar, da 50 Prozent den Ortsgruppen verbleiben.

Genossen, rechnet sofort die Sammellisten mit dem Bezirk ab. Geld und Listen sind zugleich abzusenden. Gelder sind einzuzahlen auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 107 001. Arthur Sämisch, Halle.

Oppin

Schuftige Verleumdungen der Bürgerlichen gegen die Kommunisten.

Ein Nachwort zur Gemeinde- und Reichstagswahl. — Die verdiente Abfuhr für den Bürgerblock.

Typisch war es für den letzten Wahlkampf, daß er nicht nur in der Stadt, sondern auch insbesondere auf dem Lande — das trifft jedenfalls für unseren Bezirk zu — mit einer bisher ungekannten Schärfe durchgeführt wurde. Das war auch in unserem Orte der Fall. Mit schmutzigen, niedrigen, gegen die Kommunisten geschleuderten Verleumdungen, mit einer Schlammflut von Lügenflugblättern endete der Wahlkampf natürlich auch bei uns nicht. Heute wollen wir nur auf ein Flugblatt der Bürgerlichen eingehen. Das ist insbesondere notwendig, als in unserem Orte eine Woche vor den Reichs- und Landtagswahlen eine Gemeindenachwahl stattfand.

Die Bürgerlichen waren in einem eigens zu diesem Zwecke herausgegebenen Flugblatt über unsere Oppiner Genossen in der Gemeindevertretung hergezogen, und das in dem Tone, der diesen Herrschaften eigen ist.

In dem betr. Flugblatt wurde uns „vorgeworfen", daß wir in der Gemeinde von dem angeblich Versprochenen „noch nichts erfüllt" hätten. Ferner sprach man in dem Flugblatt von „gekauften" Arbeitern.

Wir müssen ganz energisch feststellen, daß **wir den Arbeitern nie etwas versprochen haben. Wir haben stets und ständig zum Ausdruck gebracht, daß innerhalb des bürgerlichen Klassenstaates die Kommunisten gar nicht „praktische" und „positive" Arbeit für die Arbeiter leisten können. Wir haben stets erklärt, daß wir das bürgerliche Parlament lediglich als revolutionäre Tribüne ausnützen.** Und jetzt kommen diese Leute an und werfen uns vor, daß wir bisher „nichts in der Gemeindevertretung geleistet" haben.

Man wirft uns vor, wir hätten die Inflationszeit nicht genügend ausgenützt: Ja, aber es saßen in der Gemeindevertretung doch auch fünf Bürgerliche. **Warum haben diese damals nicht Krach geschlagen, wenn sie „voraussahen", wie die Inflationszeit sich auswirken würde? Warum haben sie nicht zumindestens bessere Vorschläge gemacht?** So in der Wohnungs- und Wegefrage, usw. usw. Sind die neuen Häuser etwa, die in der Gemeinde errichtet wurden, nur aus Privatmitteln hergestellt? Sollte da der Vater Staat nicht auch einen Anteil daran haben? Aber ich glaube, man wollte diese neuerbauten Häuser nur in ihrem Privatinteresse verwenden. Und hat da nicht jemand, ich glaube bestimmt, es ist einer von jenen „Gute-Zeit"-Leuten gewesen, ins Feuer geschürt, damit die Wohnung, welche der Wachtmeister zu Unrecht bezogen hatte, wieder freigemacht wurde?!!

In der Wegefrage ist es ähnlich so. Fahren etwa die Arbeiter mit ihrem Fahrrad oder mit dem Handwagen die Wege und Straßen entzwei? Wir halten es für selbstverständlich, daß derjenige, welcher mit seinem Fuhrwerk die Wege und Straßen ruiniert, auch diese wieder in Ordnung bringt und nicht so unverschämt ist und von der Gemeinde verlangt, daß von Gemeindemitteln die Unkosten zum Wegbessern bestritten werden. Wir verwahren uns ganz entschieden gegen so eine Zumutung, da doch die Gemeindemittel zum großen Teil von der arbeitenden Bevölkerung und von den Kleingewerbetreibenden zusammengebracht werden.

Und nun ein Wort zu den „gekauften" Arbeitern. **Wir sind in der Lage, mehr wie einmal nachzuweisen, daß Mitglieder des Stahlhelms und anderer Organisationen bei reaktionären Veranstaltungen (sog. „Erntefesten" usw.) Bier und Schnaps in Mengen unentgeltlich verabreicht werden.** Dabei kaufte man sich Landarbeiter, arme betrogene Proleten. **Das waren in Wahrheit gekaufte Arbeiter!** Aber wäre es nicht besser, man würde den armen, teilweise verlausten Landarbeitern so viel Lohn geben, daß er sich und seine Familie ordentlich kleiden und waschen könnte? Heute besteht die Tatsache, daß sehr viele Landarbeiter nicht so viel übrig haben, daß sie sich Seife und einen Lausekamm kaufen können, obwohl sie teilweise 20 und 30 Jahre nur für ihren „Herrn" arbeiten.

Aber auch der Landarbeiter hat in der letzten Zeit ein wenig denken gelernt. Dieses hat er acht Tage nach der Gemeindenachwahl bei den Reichs- und Landtagswahlen bewiesen. Die Landarbeiter können versichert sein, daß die kommunistischen Gemeindevertreter das neu bewiesene Vertrauen der großen Mehrheit der Oppiner Arbeiter in kommenden Gemeindeangelegenheiten, wie bisher, rücksichtslos vertreten werden.

Druckfehler!

In unserer Sonnabend-Nummer, Rubrik „Aus den Betrieben", ist in dem Artikel: „Was ein Landarbeiter berichtet" ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Der letzte Absatz des Artikels muß natürlich folgendermaßen lauten:

Kämpft mit uns für die Verschmelzung des VLWD. und DLV.! Sorgt dafür, daß alle ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im DLV. sich organisieren! Stärkt Eure Kampfront, um mit neuem Mut zu neuen Kämpfen und Siegen zu schreiten!

Der Justizfeldzug gegen die KPD.

Die Aufgaben der kommunistischen Gemeindevertreter

Mit seltsamem Gleichmut haben die deutschen Proletarier die immer häufiger gegen ihre Klassengenossen gefällten Schreckensurteile des Staatsgerichtshofes und der anderen deutschen Gerichte hingenommen. Die Partei muß aus diesem Grunde an alle Genossen, besonders aber an die Funktionäre die Frage richten, ob sie alles getan haben, um die Schreckensherrschaft der deutschen Klassenjustizmaschine zu brechen.

Uns interessiert hier in erster Linie das Verhalten der kommunistischen Gemeindevertreter bei politischen Prozessen, die sich im Bereich ihrer Amtstätigkeit abgespielt haben. Als einfachste und selbstverständlichste Forderung kann von jedem kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindeverordneten verlangt werden, daß er über alle Vorgänge in seiner örtlichen Organisation ausreichend informiert ist und auch von allen politischen Strafverfahren Kenntnis hat, die gegen einzelne Genossen oder Gruppen von Genossen geführt werden.

Wir weisen bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Gefängnisbeiräte in den Gemeindeparlamenten gewählt werden. Wird ein Genosse aus politischen Gründen verhaftet, so hat ein von der kommunistischen Gemeindevertreter-Fraktion mit diesen Aufgaben ein für allemal betrautes Mitglied sofort die Verbindung mit dem Verhafteten aufzunehmen. Ist dieses Mitglied Gefängnisbeirat, so wird es in dieser Eigenschaft zu dem Inhaftierten gehen. Andernfalls hat der kommunistische Gemeindevertreter sofort den Gefängnisbeirat zu ersuchen, sich um das Schicksal des Inhaftierten zu bekümmern. Selbstverständlich muß er durch einen persönlichen Besuch nachkontrollieren, ob dieser dem Gefängnisbeirat erteilte Auftrag ausgeführt worden ist.

In der öffentlichen Verhandlung gegen einen politischer Delikte wegen angeklagten Arbeiter muß unbedingt ein Vertreter der kommunistischen Fraktion des Gemeindeparlaments, in dessen Ort die Verhandlung stattfindet, anwesend sein. Von dem Verteidiger des Angeklagten hat er sich einwandfreie Informationen über die Vorgänge, die zur Anklageerhebung geführt haben, zu beschaffen. Ferner soll er sich möglichst den Wortlaut des gefällten Urteils und seiner Begründung besorgen.

In der nächsten Stadtverordneten-Versammlung oder Gemeindevertreter-Sitzung ist von der kommunistischen Fraktion ein Antrag einzureichen, in dem je nach den Umständen des einzelnen Falles **begründet wird, warum das Urteil dem Rechtsempfinden und den** Interessen des Proletariats widerspricht. In diesem Antrag ist ferner vom Gemeindevorstand resp. dem Magistrat zu verlangen, daß er bei der Regierung vorstellig werde, um eine **Amnestie der politischen Gefangenen im allgemeinen** und die Amnestierung des am Orte verurteilten Genossen **im besonderen** zu fordern.

In einem weiteren Antrage ist ferner eine **ausreichende Unterstützung der Angehörigen des Verurteilten** zu fordern. Der diesen Antrag begründende kommunistische Gemeindevertreter hat die Pflicht, vorher die Familienverhältnisse des Verurteilten durch persönlichen Besuch zu prüfen. In einer detaillierten Begründung ist der Nachweis zu führen, daß das Urteil des Gerichtes die Existenz der Angehörigen des Verurteilten bedroht. Die von der Stadt geforderte Unterstützung soll in der Höhe gefordert werden, daß die gleiche Lebenshaltung gewährleistet wird, wie sie die Familie des Verurteilten vor dessen Verhaftung geführt hat.

Ueber alle diese Maßnahmen ist sofort der Parteipresse zu berichten. Das Verhalten der verschiedenen Fraktionen, insbesondere der Sozialdemokraten, ist bei der Besprechung und Abstimmung der kommunistischen Amnestie- und Unterstützungsanträge genau zu beobachten und darüber ebenfalls an die Parteipresse zu berichten. Werden solche kommunistische Anträge im Gemeindeparlament abgelehnt oder ist es einer kleinen kommunistischen Fraktion nicht möglich, überhaupt einen Antrag einzubringen, weil ihr dazu die notwendige Zahl von Unterschriften fehlt und die Sozialdemokraten sich weigern, solchen Antrag mit zu unterschreiben, so hat die kommunistische Fraktion sofort eine **öffentliche Versammlung** einzuberufen, in der sie einmal die Justiz einer scharfen Kritik unterzieht, dann über ihr eigenes Vorgehen Bericht erstattet, um schließlich zu zeigen, wie ihre Bestrebungen an dem Widerstand der anderen Fraktionen scheiterten. Als Schlußfolgerung bleibt dann **der Appell an die Selbsthilfe des Proletariats.**

Wenn in dieser Weise überall vorgegangen wird, so wird die breite Oeffentlichkeit sich immer mehr und mehr mit unserer heutigen Klassenjustiz beschäftigen. Immer lauter wird dann der Ruf ertönen:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Gewerkschaftsbewegung

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Der Schmidt Friedrich Prinzke wird aus dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen. **Die Ortsverwaltung.**

Arbeiter-Sport

HFC. Minerva. Resultate vom Sonntag: Minerva Jugend gegen Giebichenstein Jugend 3:2. Somit dürfte Minerva Jugend Jugendmeister sein. — Minerva 2. gegen Giebichenstein 2. 2:1; Minerva 1. gegen Giebichenstein 1. 1:0. Mittwoch bei Weinrich Spielausschußsitzung. Damen sind mitzubringen.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark"

Große Funktionär-Sitzung

Das Erscheinen aller Funktionäre ist unbedingt Pflicht. Die Ortsleitung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019241215-11/fragment/page=0006